



## **GUTER IMPERIALIST, SCHLECHTER IMPERIALIST?**

### **06** Zweiter Schulstreik gegen Wehrpflicht

Wie können wir die Bewegung vor  
dem 5. März stärken?

### **12** Solidarität mit den Protesten im Iran

Ausländische Einmischung  
schwächt die Proteste

### **18** Tarifrunden 2026: Wer zahlt die Krise?

2026 wird für rund 10 Millionen  
Beschäftigte ein entscheidendes Jahr

**3** Die Rückkehr des Imperialismus? **8** Grönland unter US-Flagge? **9** Anti-China-Kurs und die Haltung der Gewerkschaften **8** Welche Strategie für den Frieden? **9** Sechs Jahre nach dem Anschlag von Hanau **14** ICE-Terror in den USA eskaliert **15** MERCOSUR-Abkommen: Auf Kosten der Arbeiter **17** Kapitalismus macht arbeitslos **19** Tarifrunde der Länder: Kein Angebot **21** Geht's uns Frauen wirklich so gut? **22** Pflegeversicherung in der Krise

# LIEBE LESER,

aufgrund der internationalen Zuspitzungen, die sich im Januar überschlagen haben, haben wir mit dem Titelthema dieser Ausgabe das imperialistische Weltsystem in den Blick genommen. Wir betrachten anhand verschiedener Fälle die Verschiebungen in den internationalen Beziehungen, wollen aber auch schlussfolgern, was das für uns bedeuten muss: Warum müssen wir uns gegen jede Form der ausländischen Einmischung stellen, egal wo? Wie muss die Friedensbewegung mit der neuen, veränderten internationalen Lage umgehen? Dazu diskutieren wir unter anderem das in der Bewegung zirkulierende Strategiepapier und den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 5. März. Die internationale Lage spiegelt sich ebenfalls in den Betrieben wieder – darum nehmen wir auch in den Blick, wie die Konkurrenz zu China in den Belegschaften geschürt wird.

Diesen Monat beschäftigt uns außerdem, welche Fragen am 5. Jahrestag des Anschlags von Hanau am 19. Februar noch offen sind und was es mit dem eskalierenden Terror der ICE-Agenten in den USA auf sich hat.

In Betrieb und Gewerkschaft laufen nach wie vor wichtige Tarifauseinandersetzungen in der Chemiebranche sowie im Öffentlichen Dienst der Länder, die wir behandeln, um in den nächsten Aktionen und Streiks gut vorbereitet zu sein. Einen prinzipiellen Blick werfen wir auf das Thema Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit und warum dieses Problem nur in einem anderen System grundlegend gelöst werden kann.

Vorbereitend auf den 8. März haben wir außerdem noch einmal die Frauenfrage in den Blick genommen: Was bestimmt die Situation der Frau in Deutschland heute?

Wir freuen uns außerdem, in dieser Ausgabe das erste Mal Leserbrief abdruck zu lassen und so mehr in den Austausch zu kommen und möchten alle Leser motivieren, ihre Anmerkungen, Kritiken und Ergänzungen in dieser Form an uns zu senden.

**WIR WÜNSCHEN VIEL SPASS BEIM LESEN UND GUTE DISKUSSION,**

## DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 22. Februar.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer  
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Vi.S.d.P.: D. Möller  
Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitsukunft.de  
webmaster@arbeit-zukunft.de  
Tel: 07159 4200174

### Bankverbindung

Verlag AZ, Postbank Stuttgart  
IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03  
BIC: PBNKDE33

# IM FEBRUAR... 1936

## WAHLSIEG DER VOLKSFRONT IN SPANIEN

Wie den Faschismus bekämpfen? Eine Frage, die heute rege diskutiert wird (siehe Diskussionen in der Linkspartei, aber auch beim

Luxemburg-Liebke-Wochenende in diesem Jahr). Wichtige historische Erfahrungen zu dieser Frage machten die kommunistischen Parteien in den 1930er Jahren mit der Volksfrontpolitik, die in verschiedenen Ländern zu wichtigen Erfolgen im Kampf gegen den Faschismus führte – so auch in Spanien 1936, als das Volksfront-Bündnis in Spanien den Wahlsieg errang und dem Kampf der Republik gegen den Faschismus so einen wichtigen Aufschwung verlieh.

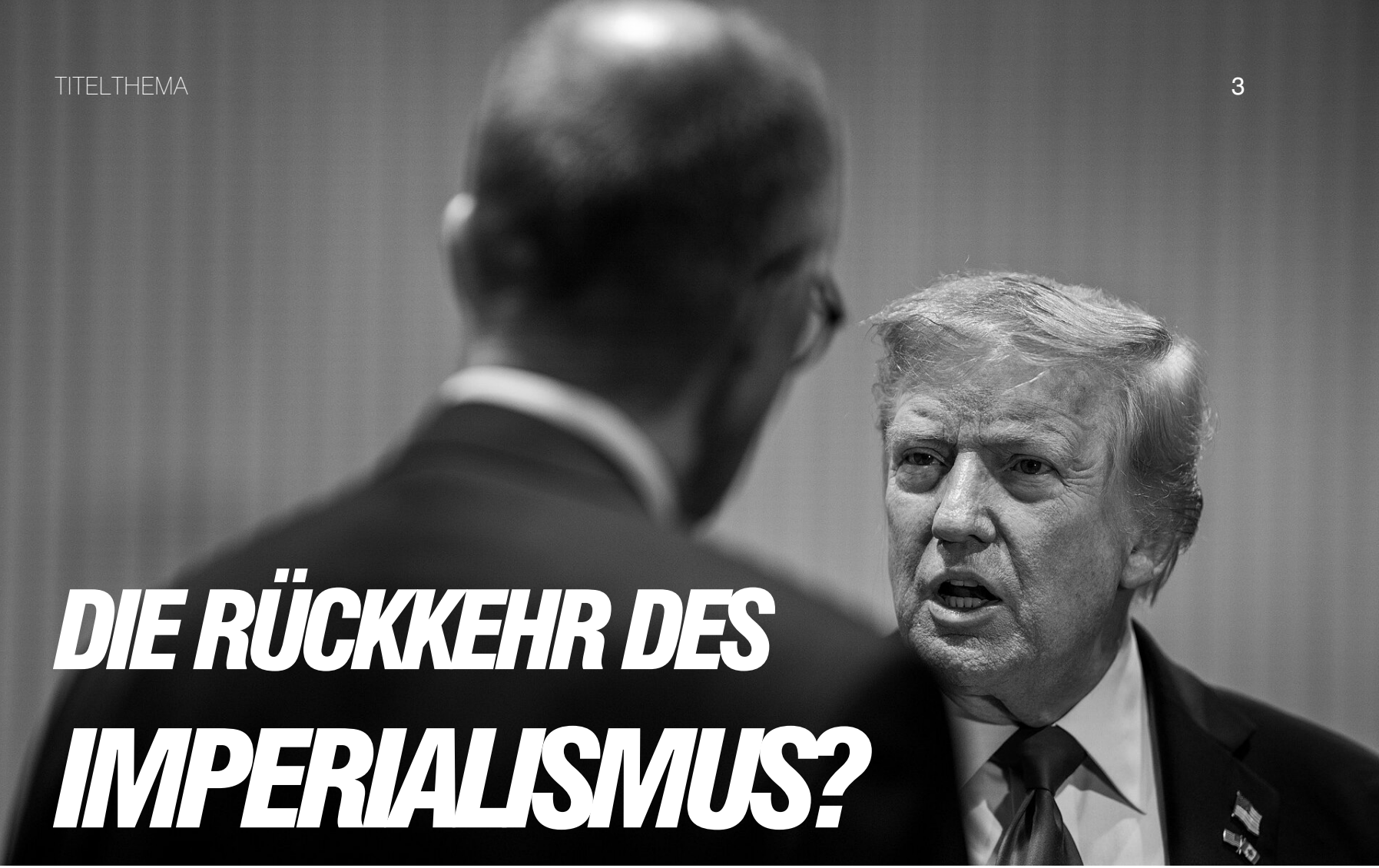
Auf dem siebten Kongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 hatten die kommunistischen Parteien ihre Bewertung der Gefahr des Faschismus folgendermaßen getroffen: Der Faschismus sei die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals“. Damit sei der aufkommende Faschismus nicht einfach eine bürgerliche Regierung wie viele weitere, sondern eine andere Form der Herrschaft, die die bürgerliche Demokratie ersetzen würde. Entsprechend beschlossen die Parteien, dass zum Kampf gegen den Faschismus ein gemeinsames Vorgehen aller Kräfte nötig sei, die das Interesse hätten, den Faschismus aufzuhalten. Zu diesem Zweck sollten Einheitsfronten bzw. Volksfronten gebildet werden, worin auch die sozialdemokratischen und bürgerlich-liberalen sowie sonstige fortschrittliche Kräfte vereinigt werden sollten, um ein gemeinsames, antifaschistisches Programm vorzuschlagen.

Diese Politik stärkte den Kampf gegen den Faschismus in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Spanien nicht nur erheblich und setzte den faschistischen Kräften eine ernsthafte Kraft entgegen, sie beförderte auch die Kommunisten selbst, die ihre Konsequenz im Kampf gegen den Faschismus unter Beweis stellten. Betrug die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Parteien weltweit 1935, abgesehen von der KPdSU, 785.000, so stieg sie 1939 auf 1.200.000.

In Spanien, wo 1931 die Zweite Republik errichtet worden war, hatten 1933 rechte Kräfte die Wahlen gewonnen und führten einen harten Kampf gegen die Arbeiterklasse und alle republikanischen Kräfte.

Ab 1935 kamen die Kommunisten mit der Unión Republicana, der Izquierda Republicana, der PSOE, der UGT, den Juventudes Socialistas, der Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) und der Partido Sindicalista zusammen. Im Januar schlossen sie einen Pakt für ein Wahlbündnis. Die Forderungen waren die Verteidigung der Republik, der Stopp des Faschismus, eine Amnestie für die Gefangenen der Revolution von 1934 und Wiederaufnahme des Reformprogramms, das von der Regierung Azaña zwischen 1931 und 1933 begonnen worden war. Am 16. Februar gewann das Wahlbündnis die Wahl gegen die rechten Kräfte. Auch wenn 1936 durch den Militärputsch der Faschisten der Bürgerkrieg begann, der in der Franco-Diktatur mündete, hatte die Volksfront-Politik der Arbeiterbewegung wichtigen Aufschwung im Kampf gegen den Faschismus verschafft und war einer der Gründe dafür, dass dieser Widerstand im jahrelangen Bürgerkrieg aufrechterhalten werden konnte.

Die Politik der Volksfront kann selbstverständlich nicht einfach auf heute übertragen werden – trotzdem lohnt es sich, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu studieren und daraus zu lernen.



# DIE RÜCKKEHR DES IMPERIALISMUS?

Was zuvor unter moralischen Phrasen von „regelbasierter Ordnung“ oder „Wertegemeinschaft“ verkehrte, offenbart sich von Venezuela bis Grönland als das, was es schon immer war: eine Weltordnung, in der das Recht des Stärkeren gilt. Angesichts der neuen Strategie der USA bereitet sich der deutsche Imperialismus darauf vor, zu diesen Stärkeren zu gehören.

**P**apier ist bekanntermaßen geduldig – nicht aber das, auf dem Trump im November letzten Jahres die neue Nationale Sicherheitsstrategie unterschrieb. In den knappen drei Monaten seitdem wurde zur Tat geschritten. Von Venezuela bis Grönland und Iran kann beobachtet werden, wie der US-Imperialismus die Weltordnung im Eiltempo nach seinem Bedarf umsortiert. Zur Schwächung des Hauptgegners China werden die Mittel und Wege zur Sicherung der US-Vormachtstellung je nach Schauplatz neu bestimmt. Die Nationale Sicherheitsstrategie ist dabei fast wie eine Anleitung zu lesen.

**Venezuela** Am ersten Schauplatz, in Venezuela, wurde ein Exempel statuiert. Die Monroe-Doktrin, mit der Präsident James Monroe 1823 den US-amerikanischen Anspruch auf Südamerika besiegelte, soll wiederbelebt werden und die USA bekräftigen ihren absoluten Anspruch auf diese Region. Dabei geht es sowohl um ökonomische Interessen wie in Venezuela das Öl, das von Trump offen als Grund für den Militärschlag benannt wurde, als auch um eine geopolitische Seite. Denn auch China hat in den letzten Jahren die Verbindungen in Lateinamerika ausgebaut, unter anderem in wichtigen wirtschaftlichen Abkommen mit Venezuela. Die chinesischen Öltanker, die nach dem US-Militärschlag ohne Ladung vor der Küste Venezuelas wieder umkehren mussten, sind dabei ein Symbolbild für den Effekt der Intervention. Gleichzeitig werden die Drohungen gegen Länder wie Kolumbien und Kuba immer offener – ganz auf Linie der Sicherheitsstrategie, die Lateinamerika als direktes Hoheitsgebiet der USA betrachtet.

**Mittlerer Osten** Ein weiterer Schauplatz, der Mittlere Osten, soll zwar als reine Ressourcenquelle an Bedeutung verlieren, jedoch soll durch Zusammenarbeit mit Partnern in der Region auf anderen wirtschaftlichen Gebieten sowie in der Sicherung der Handelswege

ausgebaut werden. Der Mittlere Osten solle nicht mehr ein ständiges Problem, sondern ein Ort der Partnerschaft, Freundschaft und Investition sein. Was das bedeutet, sehen wir heute in Syrien: Das US-nahe al-Schaara-Regime greift Rojava und die kurdische Bevölkerung an, während die USA ihm vor dem Hintergrund der „freundschaftlichen Zusammenarbeit“ mit Partnern wie der Türkei den Rücken decken. Und sind keine freundschaftlichen Beziehungen im Sinne der US-Interessen möglich, sowie mit dem Iran heute, dann werden die USA weiterhin auf militärische Gewalt zurückgreifen – nicht ohne Grund drohte Trump vor dem Hintergrund der Protestbewegung mit militärischem Eingreifen und verlegte einen Flugzeugträger in die Region. Es wird deutlich: Sowohl Freundschaft als auch Feindschaft mit den USA sind wie eine Schlinge um den Hals der Völker im Mittleren Osten.

**Europa** Doch nicht nur in Lateinamerika und dem Mittleren Osten ordnen die USA alle Verhältnisse nach dem „America First“-Prinzip. Während unter Biden das transatlantische Bündnis noch als entscheidend für den Kampf gegen China und Russland gewertet wurde ist es kein Wunder, dass die europäischen Imperialisten mit dem erneuten Amtsantritt Trumps in Panik verfielen. Denn dieser bestimmt die Mittel des Kampfes neu. So gibt Trump dem Konflikt mit Russland weniger Priorität. Die Schwächung Russlands wird einerseits den europäischen Staaten überlassen (daher auch die Panik der Europäer, die USA würden sie mit dem Ukraine-Dilemma „alleine lassen“), andererseits wird durch Annäherung an Putin versucht, das entstehende Bündnis zwischen Russland und China zu relativieren.

Doch nicht nur die jüngsten Entwicklungen im Ukraine-Krieg, vor allem auch die Ansprüche der USA auf Grönland offenbaren den Riss im Verhältnis von USA und Europa. Grönland hat entscheidende Bedeutung.

## Der Ton macht die Musik – oder andersrum

Der Hintergrund all dieser Aktionen des US-Imperialismus ist die Bekämpfung Chinas, das durch den Ausbau seiner ökonomischen, politischen und mittlerweile auch militärischen Macht ein ernsthafter Konkurrent für den US-Imperialismus wird. China setzt derweil auf Zeit – denn heute ist das aufstrebende imperialistische Land nicht in der Lage, den USA auf militärischer Ebene zu trotzen, und setzt im Ausbau seines Einflusses auf soft power. Die ausbleibenden Reaktion Chinas auf die zahlreichen Drohungen und Eskalationen der USA belegen, wie weit der Vorsprung der USA als Weltmacht bis heute ist. Gleichzeitig muss die unverhohlene Aggressivität der USA auch als Gradmesser dafür betrachtet werden, wie ernst der Aufstieg Chinas genommen wird. Die Strategie der USA ist auch ein Anerkennen der Tatsache, dass sich die Welt von einer unipolaren, in der die USA eine eindeutige und unangefochtene Vormachtstellung innehaben, zu einer multipolaren entwickelt hat, in der es verschiedene Akteure gibt, die auf der Welt ihren Einfluss ausüben und teils, wie China, ausbauen. Als Reaktion darauf müssen auch eigene Bündnisse und Einflussgebiete diversifiziert werden. Der Stil der USA und besonders Trumps, der in Deutschland früher noch gerne belächelt wurde, wird dabei heute mit Panik aufgenommen. Dabei zeigt sich immer deutlicher, warum Trump für das US-Kapital heute der ideale Häuptling ist. Die Offenheit, mit der er die imperialen Interessen der USA benennt, ist nur die passende Hülle für die Aggressivität, zu der sich der US-Imperialismus heute gezwungen sieht. Ehemals gern genutzte Rechtfertigungen wie die „regelbasierte Ordnung“ oder „Menschenrechte“ werden fallengelassen und „America First“ zur außenpolitischen Maxime erhoben. Die Nationale Sicherheitsstrategie benennt diesen Wandel sehr deutlich: Anstatt internationale Institutionen zu fördern und globale Bürden zu schultern sollten all die schönen Worte vom Globalismus und der „regelbasierten internationalen Ordnung“ (auch im Dokument in Anführungszeichen gesetzt) verstummen und das nationale Interesse offen vertreten werden. Im Klartext: Es ist nicht mehr die Zeit, um die eigenen imperialen Aggressionen schönzureden, es ist die Zeit des Machens.



Titelseiten am 9.1.2026 nach den Grönland-Ankündigungen Trumps

## Das „Recht des Stärkeren“ ist zurück!?

In Deutschland und Europa wurden diese Nachrichten bekanntermaßen nicht gut verkraftet. Nach der US-Intervention in Venezuela und den Ankündigungen zu Grönland kam in Deutschland eine Diskussion auf: „Müssen sich die Europäer künftig gegen zwei Imperialisten verteidigen? Gegen Putin in Moskau und Trump in Washington?“, fragte das Handelsblatt in seinem Leitartikel am 9. Januar. Die WirtschaftsWoche titelte, dass international nun das „Recht des Stärkeren“ gelte, der FOCUS sprach von der „Rückkehr des Imperialismus“ und der Spiegel davon, wie „Trump's Imperialismus uns bedroht“. Diese öffentliche Diskussion ist natürlich eine lächerliche, denn der einzige Grund, dass heute offen über US-Imperialismus diskutiert wird und Deutschland sich als Verteidiger der „regelbasierten Ordnung“ hinstellt ist, dass die deutschen imperialen Interessen durch die Politik der USA gefährdet sind. Solange Deutschland im Windschatten der US-Hegemonie auf der Welt agieren konnte, wurde sich über Imperialismus nicht beschwert, sondern wie in Afghanistan mit Bundeswehrtruppen mitgemacht – aber diese Zeiten sind vorbei. Und so formuliert es Merz auch drastisch in einer Rede vor dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall: „Das, was wir einmal den normativen Westen genannt haben, gibt es in dieser Form nicht mehr. Es ist allenfalls noch eine geografische Bezeichnung, aber keine normative Bindung mehr, die uns zusammenhält. [...] Wir sind in Europa nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“

Allgemein lässt sich die Debatte in drei simplen Schlussfolgerungen zusammenfassen: Imperialismus sind immer die anderen, Imperialismus ist alles, was uns schadet und Imperialismus – nicht ohne uns! Wie Deutschland (vor allem unter In-Gang-Setzen der EU) jetzt Stärke gewinnen muss, haben die Parteien bereits in verschiedenen Strategiepapieren umrissen. Ein ungefährender Konsens, der auch die Regierungslinie abbildet, wird vom einem Gastkommentar zur NSS im Handelsblatt zusammengefasst:

„Erstens: Steigerung europäischer Verteidigungsanstrengungen und Erfüllung der Nato-Fähigkeitsziele – einschließlich gemeinsamer europäischer Investitionen in neue militärische und technologische Fähigkeiten. Schrittweise muss sich Europa militärisch von den USA unabhängiger machen.“ In diesem Sinne bezeichnete der CDU-Politiker Röttgen die Nationale Sicherheitsstrategie der USA bereits als eine „zweite Zeitenwende“. Aber auch in der Opposition herrscht Einigkeit: „Europa kann [...] reagieren, indem es seine eigene Aufrüstung beschleunigt und selbst zum geopolitischen Akteur wird“, forderte die Vorsitzende der Grünen, Brantner.

Die Rede vom US-Imperialismus, dem man eine wertegelitete Politik entgegensetzen müsse dient somit auch der Rechtfertigung der weiteren Steigerung der Militärausgaben und der Aufrüstung, um neben den USA, Russland und China selbst ein militärisches Potenzial aufzubauen, welches die eigene Position untermauert.

„Zweitens: die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas entlang von Mario Draghis Wegweiser.“ Draghi ist ehemaliger Chef der Europäischen Zentralbank und hat im Auftrag der EU 2024 ein Strategiepapier verfasst, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU in Konkurrenz zu China und den USA zu stärken und dafür Maßnahmen mit Kosten von ca. 800 Milliarden Euro bis 2030 vorgeschlagen, mit denen die europäische Wirtschaft gestützt werden soll. Es ist diese Strategie, an der sich die Politik der EU-Kommission unter von der Leyen in vieler Hinsicht bereits hält.

„Drittens: die Entwicklung digitaler Souveränität.“ Dieser Punkt ist nicht zu unterschätzen – einerseits geht es um die Eigenständigkeit im digitalen Raum, um die Machtinstrumente von US-amerikanischen Tech-Giganten wie Meta und X einzuschränken, aber auch die geheimdienstliche Eigenständigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Bereits Anfang Januar wurde somit ein Gesetz erlassen, das dem Bundesnachrichtendienst (BND) weitaus mehr Befugnisse gibt. Was beim NSA vor einigen Jahren oder in den Snowden-Enthüllungen noch zu einem Aufschrei führte, wird hier ganz offen legalisiert – alles im Sinne der geheimdienstlichen Unabhängigkeit von den USA. Wie kritisch diese Frage ist, sieht man an den Entwicklungen in der Ukraine – die ukrainischen Militäroperationen wurden seit Beginn des Krieges aus Wiesbaden gesteuert, wo ein Hauptquartier eingerichtet wurde, in dem mittels US-amerikanischer Geheimdienstinformationen die ukrainische Kriegsführung koordiniert wurde. Die europäische „Unterstützung“ der Ukraine wäre ohne diese Informationen kaum fruchtbar gewesen – auch hier zeigt sich die bestehende Abhängigkeit von den USA.

„Viertens: Intensivierung unserer Beziehungen zu den US-Kräften, die weiter an einer demokratischen transatlantischen Allianz interessiert sind – von republikanischen Senatoren über Gouverneure bis hin zur US-Bürgergesellschaft.“ So wie die USA in der NSS offen damit umgehen, Kräfte in Europa zu unterstützen, die auf Linie mit ihren außenpolitischen Vorstellungen sind (in Deutschland unter anderem die AfD, die die NSS als „Gelegenheit“ für eine „neue transatlantische Partnerschaft“ bezeichnet), so versucht auch Deutschland diejenigen Verbindungen in die USA aufrechtzuerhalten, die seine Interessen eher wahren als die derzeitige Regierung. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hält darum in ihrer Beurteilung der NSS fest,

dass gleichzeitig zur NSS im US-Repräsentantenhaus und dem Senat ein Gesetz beschlossen wurde, dass die Ukraine-Gelder und die Koordinierung mit Europa festigt und betont, dass nicht nur unter den Demokraten, sondern auch den Republikanern Kräfte seien, die das transatlantische Verhältnis anders bewerten als die NSS. Auch der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hält fest: „Ich denke, es wird für uns Sozialdemokratie insgesamt sehr wichtig sein, enge Kontakte zur Demokratischen Partei in den USA, aber auch in die Zivilgesellschaft zu pflegen.“ Doch auf die Stärkung dieser Teile der US-Bourgeoisie allein will sich offenkundig niemand verlassen – und so ist es die Aufrüstung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf denen das größte Augenmerk liegt.

### Wer zahlt den Preis?

Nicht nur Deutschland, sondern auch zahlreiche weitere Akteure sehen ihre Bündnisse und Politik in dieser Zeit auf dem Prüfstand. Das enorme Tempo, mit dem sich der Konflikt zwischen den USA und China Bahn bricht, lässt kaum einen Fleck der Erde unberührt. „Schaut, wo ihr bleibt“, signalisiert der US-Imperialismus auch bisherigen Verbündeten. Immer klarer wird, wie wenig gefestigt angebliche „Blöcke“ im Weltgeschehen heute sind – im Gegenteil sehen wir uns in einer Phase ständiger Verschiebung. Auch Entwicklungen wie das Handelsabkommen zwischen Kanada und China oder das seit Jahrzehnten verhandelte, aber genau jetzt wieder auf der Tagesordnung stehende MERCOSUR-Abkommen zwischen EU und mehreren lateinamerikanischen Staaten müssen in diesen Kontext eingeordnet werden: Als Versuche, die eigenen Beziehungen zu diversifizieren und für die Verschiebungen gewappnet zu sein. Die Bundesregierung bereitet sich an allen Fronten darauf vor, ihre Interessen eigenständiger zu vertreten und zu einem eigenen, machtpolitischen Schwergewicht in der Welt zu werden. Gerade die EU spielt in diesen Anstrengungen eine zentrale Rolle – denn wirtschaftlich, politisch und militärisch kann Deutschland weder mit China noch den USA mithalten, über die EU sieht dieses Bild schon ganz anders aus.

Während die Großmächte also um ihr Stück vom Kuchen in den globalen Kräfteverhältnissen schachern, finden sich auf der anderen Seite der Medaille die Kosten für die grenzenlose Aufrüstung und die Ankurbelung der Wettbewerbsfähigkeit. Was in den USA weiter fortgeschritten ist – Massenarbeitslosigkeit, ein kaum vorhandener Sozialstaat, Armut und staatlicher Terror gegen die verarmten Massen kann immer mehr als Zukunftsvision auch für Deutschland betrachtet werden. Der Kampf um Weltmacht hat seinen Preis, den die Arbeiterklasse zahlen soll. ★

# DEUTSCHLAND RAUS AUS DER NATO! SIKO RAUS AUS MÜNCHEN!

„Alle Jahre wieder“ im Februar findet in München die so genannte „NATO-Sicherheitskonferenz“, eigentlich Unsicherheits-Konferenz, im Nobelhotel „Bayerischer Hof“ im Zentrum Münchens statt, geschützt von Hundertschaften der Polizei.

Angesichts der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten und der wachsenden Kriegsgefahr ist es wichtig, gegen dieses Treffen von Kriegstreibern aus aller Welt zu mobilisieren. Aus den USA kommt beispielsweise Außenminister Marco Rubio. Die USA haben gerade den venezolanischen Präsidenten Maduro illegal gekidnappt, opfern die kurdische Region um Rojava für ihre strategischen Interessen, bedrohen Grönland. Aber auch die EU, allen voran der deutsche Imperialismus wollen im Machtkampf zwischen China, Russland und den USA mitmachen. Daher rüstet Deutschland massiv auf, um zur stärksten Militärmacht in Europa zu werden. Bezahlen müssen das die Jugendlichen und alle arbeitenden Menschen mit massiven Sozialkürzungen, einem maroden Bildungs- und Gesundheitssystem und im Falle eines Krieges mit dem Leben! Deshalb rufen wir auf:

Kommt zur Demonstration und Kundgebung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am Samstag, den 14. Februar 2026!

**13.00** Auftaktkundgebung am Karlsplatz

**14.00** Demonstration und Protestkette

**15.30** Schlusskundgebung Marienplatz

Weitere Infos: <https://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2026>



# MUSTERUNGSBESCHEID

## WICHTIG: Fragebogen für den Geburtsjahrgang 2008

# DER ZWEITE STREIK

## WAS IST JETZT ZU TUN?

Die ersten Fragebögen der Bundeswehr zur Wehrerfassung sind verschickt. Gleichzeitig wird sich in den Schulen und Streikkomitees auf den zweiten Schulstreik gegen Wehrpflicht vorbereitet.

**A**m 5. Dezember gingen 55.000 Schüler:innen gegen die Wehrpflicht auf die Straße, während der Bundestag die Modernisierung des Wehrdienstgesetzes beschloss, welches über Fragebögen zur Kriegsfähigkeit und Musterung eine schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht vorsieht. Inzwischen wurden die ersten Fragebögen verschickt. Die Empfänger müssen, Jungs bis Jahrgang 2008 verpflichtend, Mädchen und Jahrgänge bis 2001 freiwillig, verschiedene Fragen zu sich und ihrer Haltung zu Bundeswehr beantworten. Mit diesen Fragebögen soll der erste Schritt zu einer allgemeinen und umfassenden Wehrüberwachung getan werden. Diese ist für die deutschen Kriegsvorbereitungen von zentraler Bedeutung, da seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 keinerlei Wehrerfassung passiert ist, heißt der Staat aktuell keinen Überblick darüber hat, wer im Kriegsfall bereit wäre an die Front zu gehen und wer überhaupt körperlich und psychisch geeignet wäre.

Der Fragebogen umfasst zunächst Fragen nach dem (angestrebten) Bildungsabschluss und Berufsausbildung, Qualifikationen wie Fahrlaubnisse und Sprachen, körperlichen Daten wie Größe, Gewicht, möglicher Schwerbehinderung und Fitnesslevel, sowie Fragen nach Wehrdienstverpflichtungen in anderen Ländern. Anschließend folgt ein Teil zur sogenannten Bereitschaftserklärung. Diese beginnt mit der Frage „Haben Sie grundsätzlich Interesse, auf freiwilliger Basis Soldatin oder Soldat zu werden?“, welche auf einer Skala von 0 bis 10 beantwortet werden soll. Bei 0 (=„Ich habe kein Interesse“) wird der Fragebogen an dieser Stelle beendet. Bei jeder Angabe über 0 folgen drei weitere Fragen zur Bereitschaft und die Aufforderung, Kontaktdaten für eine Kontaktaufnahme durch die Bundeswehr anzugeben. Abgefragt wird eine sich vorgestellte Dauer, Einsatzbereich und möglicher Beginn.

### Zuspitzung der Kriegsgefahr seit Dezember

Seit dem 5. Dezember hat der deutsche Staat weitere 51 Milliarden Euro für Rüstung genehmigt. Allein für die Werbeausgaben der Bundeswehr sind 2026 70,5 Millionen Euro vorgesehen, mehr als eine Verdreifachung der Ausgaben seit 2012. Diese astronomischen Summen für Rüstung bedeuten für die Bereiche Bildung, Soziales und Kultur nur eines: Kürzungen. Während Sozialleistungen oder Arbeitsschutzrechte wie Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall an allen Ecken in Frage gestellt und gekürzt werden, heißt die Aufrüstung neben den Kürzungen für uns vor allem auch eine steigende Kriegsgefahr, denn Deutschland macht sich bereit die Profitraten der deutschen Konzerne auch militärisch zu sichern.

Die Debatte um die Wehrpflicht und die personelle Aufstockung der Bundeswehr ist in diesen Bestrebungen ein zentraler Kristallisationspunkt. Denn ob Deutschland einen Krieg gewinnen könnte, bzw. seine Interessen militärisch durchzusetzen weiß, hängt zentral davon ab, ob sie es schaffen, die deutsche Bevölkerung und insbesondere Jugend und die im „wehrfähigem Alter“ als Reserve für ihre imperialistischen Interessen zu gewinnen. Dabei können sie es sich nicht erlauben, breitere Teile innerhalb der Betriebe und den Schulen gegen diese Politik zu haben. Umso drängender ist es, eine breite Friedensbewegung aufzubauen, die in den Schulen und Betrieben ihre Basis hat. Denn nur dort können wir einen breiten Widerstand aufbauen, der tatsächlich im Zweifel auch die Macht hat, den Kriegsplänen der deutschen Imperialisten einen Strich durch die Rechnung zu machen.

## Schülerbewegung stärken!

Aktuell sind wir davon aber noch weit entfernt. Der Schülerstreik im Dezember hat aber aufgezeigt in welche Richtung es gehen muss und wie es um die Jugend und ihre Zustimmung der aktuellen Kriegspolitik steht: durchaus breitere Teilen der Jugend sind bereit, sich gegen die Pläne der Bundesregierung zu stellen und wollen keine Wehrpflicht und nicht wenige sind zumindest offen für klar antimilitaristische Positionen, was sich zunächst darin zeigte, dass flächendeckend Parolen wie „Eure Kriege ohne uns“ und „Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!“ gerufen wurden oder in Interviews immer wieder die Teilnahme an den Protesten mit „Ich will in keinem Krieg sterben!“ oder „Die Politiker sollen selber an die Front!“ begründet wurde.

Aktuell bereiten sich die Streikkomitees auf den nächsten Schulstreik am 5. März (in Hamburg wegen der Schulferien schon am 20. Februar) vor. Es werden stadtweite Treffen und Treffen der schulspezifischen Streikkomitees einberufen, bei denen die Demoplanung und Mobilisierung durchgeplant wird. Dabei ist der Stand der Bewegung gegen die Wehrpflicht in den Städten sehr unterschiedlich. In manchen Städten gibt es nur stadtweite Streikkomitees und Whatsapp-Communities, in anderen Städten gibt zahlreiche Streikkomitees einzelner Schulen. Um die Bewegung möglichst breit zu machen und die Schülerschaft breit zum Streik zu mobilisieren, ist es nötig an den einzelnen Schulen selbst Strukturen aufzubauen und diese zu stabilisieren um den Protest gegen die Wehrpflicht und die Einbeziehung der Jugend in die Kriegspolitik möglichst langfristig zu organisieren. Denn an der Schule selbst ist es, wo wir mit den Mitschülern in Kontakt treten können, die noch keine Position zur Wehrpflicht haben. Dort müssen wir überzeugen und dort ist es auch, wo wir einen wirksamen Protest entfalten können. Dabei muss das Ziel sein, die Selbstorganisation der Schüler für ihre Interessen langfristig und nachhaltig zu stärken und auch die Interessensvertretungen selbst zu stärken und in die Proteste einzubeziehen. Denn so unpolitisch und undynamisch Schülervertretungen (SV) teils sind, können es zentrale Orte sein, um demokratische Rechte zu nutzen, um die Proteste zu verbreitern und mehr Jugendliche gegen die Wehrpflicht und die Aufrüstung zu gewinnen. Gerade Schülervollversammlungen, die meistens durch die SV einberufen werden müssen, können Schlüsselmomente der Mobilisierung für den Streik, aber auch für die Selbsterfahrung der Schüler sein, sich für die eigenen Interessen einzusetzen und Protest zu organisieren. Die antimilitaristischen Organisationen, die Teil der Schülerstreikbewegung sind, müssen dabei die Wiedereinführung einer Wehrpflicht in Bezug zu den Plänen des deutschen Imperialismus setzen und so die Schüler, die vor allem gegen den Zwang sind, für einen Widerstand gegen die Aufrüstung allgemein gewinnen.

Dies muss in geeigneter Weise passieren, ohne dabei breitere Teile der Jugend und die breite Mobilisierungskraft zu verlieren. Ein Vorgehen, bei dem versucht wird, von außen einen möglichst radikalen Stempel auf die Proteste aufzudrücken, ist dabei hinderlich. Im Gegenteil muss es darum gehen, in Verbindung mit der breiten Schülerschaft Forderungen zu formulieren, die nicht abstrakt sind, sondern das eigene Leben und Perspektive in Zusammenhang und Widerspruch mit den Kriegsvorbereitungen zu bringen.

Nichts könnte dem deutschen Imperialismus besser passen, als wenn es ihnen leicht gemacht wird, die Proteste zu Nischenprotesten eines politisierten Teils der Jugend zu machen, der weitgehend unverbunden mit den Fragen und Themen der Schüler im Gesamten stattfindet.

Um die Mobilisierung anzukurbeln, zeigen sich Schülerstreikkonferenzen als mögliches sinnvolles Mittel. Auf solchen können mehr Schüler in Verantwortungen gebracht werden, Wissen und Handwerkzeug vermittelt werden sowie inhaltlich über die Aufrüstung und Wehrpflicht diskutiert werden.

## Nicht nur in den Schulen

Wir dürfen die Wehrpflichtfrage aber auch nicht zu einem alleinigen Thema der Schüler machen. Denn wenn wir die Einführung der Wehrpflicht in die allgemeinen Kriegsvorbereitungen einordnen, dann ist die Wehrpflicht kein Thema, das nur diejenigen betrifft die ab 2008 geboren, also selbst betroffen sind. Umso wichtiger ist es, dieses Thema in den Betrieben und Berufsschulen sowie innerhalb der Gewerkschaften aufzumachen. Denn auch hier kann die Forderung gegen die Wehrpflicht, die in der Jugend allgemein breite Zustimmung erfährt, einen sehr geeigneten Ausgangspunkt bieten, um mit den Mit-Azubis und Kollegen über die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu sprechen und breitere Ablehnung und Protest zu organisieren. Viele Gewerkschaftsjugendlichen haben zudem bundesweite Kampagnen gegen die Wehrpflicht oder zumindest Beschlüsse dagegen. Diese können gut genutzt werden, um an der gewerkschaftlichen Basis sowie über die Gewerkschaftsaktiven hinaus im Betrieb und der Berufsschule eine Arbeit zu organisieren, um die Schulstreiks zu unterstützen, aber auch eigene Aktionen als junge Arbeiter und Azubis und Gewerkschaftsjugendlichen zu planen. So können beispielsweise Bündnisse der Gewerkschaftsjugendlichen Veranstaltungen und Kundgebungen organisieren und den Kampf der Schüler so zu einer Gesamtjugendbewegung verbreitern.

Neben der Arbeiterjugend muss die Bewegung auch aus den Universitäten verstärkt werden. In einigen Städten gab es am 5. Dezember bereits unterstützende „Uni-Streiks“ gegen die Wehrpflicht. Da gerade unter Teilen der Studierendenschaft ein erhöhtes politisches Interesse vorhanden ist, kann durch eine solche Erweiterung die Bewegung deutlich verstärkt werden - nicht nur personell, sondern auch, indem die Verfassten Studierendenschaften Räume und Ressourcen für die Organisation der Streiks zur Verfügung stellen können. Dafür gilt es auch in der weiter entwickelten und demokratischer gestalteten Selbstorganisation der Studierendenschaft, von Studierendenparlamenten bis zu AStA und Fachschaftsräten, Diskussionen und Beschlüsse zu dieser Frage herbeizuführen und so eine Grundlage für die Beteiligung an der Bewegung gegen die Wehrpflicht zu schaffen. Es gibt bereits zahlreiche weitere Anlässe für antimilitaristische Aktivitäten am Campus, sei es die lebhafteste Palästina-Bewegung oder auch die Kämpfe gegen militärische Forschung oder Kürzungen an Unis zu Gunsten der Rüstungsausgaben. Durch die Zusammenführung der Studierendenschaft mit den Schulstreiks kann eine größere Dynamik entfacht werden, die verschiedene Teile der Jugend verbündet, wie wir es zum Beispiel bei Bewegungen wie Fridays for Future sehen konnten.

Auch über die Jugend hinaus können Formate wie Eltern gegen Wehrpflicht oder offene Austauschrunden in Stadtteilen über die Wehrpflicht organisiert werden. Dabei kann auch die lokale Friedensbewegung ein Anknüpfungspunkt sein den Protest über die Jugend hinaus zu organisieren. Gerade Lehrer:innen können dabei eine Rolle spielen, die Streiks der Schüler zu unterstützen, indem sie Unterstützung unter der Lehrerschaft für den Streik organisieren und so den Schülern erleichtern, sich an der Schule zu organisieren und über die Streiks zu informieren.

Ob der 5. März ein Erfolg sein wird und die Bewegung nicht abflacht kommt auf die darin aktiven Kräfte an und ihre Fähigkeit die Proteste zu verbreitern und an den Schulen selbst zu verstetigen. ★

Ob der 5. März ein Erfolg sein wird und die Bewegung nicht abflacht kommt auf die darin aktiven Kräfte an und ihre Fähigkeit die Proteste zu verbreitern und an den Schulen selbst zu verstetigen.



# Grönland unter US-Flagge?

Mit diesem vom White House geposteten KI-Bild, das Trump mit einem Pinguin auf Grönland zeigen soll, heimste sich die US-Regierung viel Spott ein: In Grönland gibt es keine Pinguine. (Screenshot X)

Der Davos-Deal offenbart, wie die Ausbeutung von Mensch und Natur über die Köpfe der Bevölkerung hinweg vorangetrieben wird.

**I**m Visier der „Neuen Sicherheitsstrategie“ der USA stehen Staatsgebiete mit für die Produktion wichtigen Ressourcen. Grönland ist eine Schatzkammer sowohl für Mineralien wie Gas und Öl als auch für seltene Erden. Und darauf haben es die US-amerikanischen Unternehmen abgesehen. Und so hat Trump nach Drohungen, notfalls auch militärisch in Grönland einzumarschieren oder seine europäischen Verbündeten mit hohen Zöllen zu bestrafen, falls man ihm und seinen Klassenfreunden den Zugang zu Grönland verweigern würde, in Davos eine vorläufige Vereinbarung erzielt. Was hat es damit auf sich?

## US-Monopol auf Ressourcen

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos, wo sich die weltweite Bourgeoisie - durch Politik und Unternehmern vertreten - getroffen hat, wurde eine Einigung zwischen US-Präsident Trump und NATO-Generalsekretär Rutte geschlossen. Zusätzlich dazu, dass über die Köpfe der grönländischen Bevölkerung entschieden wurde, zeigt der Deal die offen imperialistische Aggression der USA. Um den Einfluss des US-Imperialismus neben dem dänischen auszuweiten, haben Rutte und Trump den 1951 verabschiedeten Stationierungsvertrag neu gefasst. Dieser regelt den Ausbau sogenannter souveräner Stützpunkte. Vorbild sind die britischen Basen auf Zypern (Akrotiri und Dhekelia), die offiziell zum britischen Staatsgebiet zählen, jedoch ausschließlich militärisch genutzt werden. Trump verpflichtet auch seine europäischen Verbündeten, die selbst Interessen an Grönland haben, ihren militärischen Anteil zu leisten. Zu erwarten ist, dass dies die Spirale der Aufrüstung und Militarisierung Europas befeuern wird. Begraben liegt der Hund auch in der Tatsache, dass die USA

entscheiden, wer in Grönland investieren darf. Sie haben die Investitionskontrolle. Damit versichern sich Trump und Co., dass Konkurrenten wie China und Russland kein Stück vom kostbaren Kuchen Grönland abbekommen. So steht in dem Deal, dass China und Russland keine Bergbaurechte erhalten sollen, um seltene Erden abzubauen. Noch reicher werden damit Milliardäre, die Grönland schon unter sich aufteilen. Sie träumen von einer „Freedom City“, in der sie frei von Gesetzen und Steuern machen können, was sie wollen. Grönland soll eine Oase der Kapitalisten werden, in der Mensch und Natur erbarmungslos ausgebeutet werden können. Die Staatsoberhäupter und herrschenden Medien echauffieren sich darüber, dass die dänische und weitere europäische Regierungen bei dem nun vorgeschlagenen Deal nicht mitreden konnten. Die Kommunistische Arbeiterpartei (APK) aus Dänemark schrieb dazu in ihrem Statement noch vor dem Deal:

*„Die dänische Regierung plustert sich selbst hochmoralisch auf, aber sie hat ein Volk und sein Land schon längst an den US-Imperialismus verkauft. Sie hoffen auf einen „Deal“ mit Trump, bei dem Dänemark und die EU wenigsten ein Stück vom Kuchen abbekommen. Ob nun offene oder geheime Verhandlungen über Kauf bzw. Verkauf zwischen dänischen, grönländischen und US-Politikern stattfinden – es ist eine Beleidigung gegen das Volk Grönlands, das nicht zum Verkauf steht. (...) Wir weisen das nationalistische Gerede zurück, Grönland sei unfähig, für seine eigene Sicherheit selbst zu sorgen. Dass das Land zu arm, zu unentwickelt und seine Bevölkerung zu ungebildet sei. Hierin drücken sich kolonialistisches Denken, Arroganz und Rassismus aus. (...) Wenn Grönland heute wirtschaftlich schwach sein sollte, dann frage man sich*

*doch selbst: Wohin verschwindet denn Grönlands Reichtum immer wieder?*

*Die multinationalen Monopole schaffen die Rohstoffe und die herausgeschlagenen Profite außer Landes, und zurück bleibt Grönland mit der Rechnung für die Aufräumarbeiten und mit den beispielsweise vom Bergbau verursachten Umweltschäden. Fischfang ist Grönlands größte Industrie, aber während die EU und Dänemark sich mit Grönlands Fisch eine goldene Nase verdienen, bleiben den Fischern und den Arbeiter/innen der Fischfabriken lediglich Pfennige.*

*Die grönländische Wirtschaft wurde nie über den Punkt hinaus entwickelt, bis zu dem sie als Subunternehmen bei den Raubzügen der Monopole dienen konnte. Darum ist sie schwach. Dies gilt unabhängig davon, unter welcher Imperialistenflagge sie segeln muss. Deshalb muss sie vorangebracht werden im Kampf gegen alle imperialistischen Mächte.“*

## Das Kapital schafft sich seine Wege

Wie wir bereits bei dem imperialistischen US-Angriff auf Venezuela und der Zurückhaltung der deutschen Regierung, diesen zumindest als klaren Bruch des Völkerrechts zu benennen, gesehen haben, sind Rechtspraxis und Institutionen dann nichts mehr wert, wenn ihre Aushebelung den eigenen Interessen mehr nützt. Das zeigt sich auch an dem Vorstoß der USA, einen Friedensrat unter ihrer Führung zu gründen. Dieser Friedensrat, in den sich alte und neue verbündete Staaten einkaufen können, ist auch als eine Alternative zur NATO zu verstehen. Mit dem Vorsitz und der Entscheidung der USA, wen sie mit an Bord holen, werden neue Allianzen geschmiedet und es wird ein neues Instrument geschaffen, die eigenen imperialistischen Interessen schneller und gezielter umzusetzen. Dabei stehen bekannte Verbündete in einem Spannungsverhältnis: So haben die USA beispielsweise Frankreich und Deutschland mit Strafzöllen gedroht, um sie zu einer Einigung über Grönland zu zwingen. Nachdem die Sonderzölle vorerst durch den vorgeschlagenen Deal doch nicht kommen, hieß es vom deutschen Bundeskanzler: „Ein neues Zeitalter hat bereits begonnen. Die neue Welt der großen Mächte ist auf Macht, Stärke und – wenn nötig – auch Gewalt gegründet. Sie ist kein kuscheliger Ort. Die Welt um uns herum ändert sich in rasender Geschwindigkeit. Europa hat diese Botschaft verstanden. Wir müssen und werden diese Herausforderungen annehmen, es geht um Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Die wichtigste Botschaft: Es liegt in unseren Händen. Deutschland will eine Schlüsselrolle dabei spielen.“ Das kann nur als Drohung verstanden werden. ★

# ANTI-CHINA-KURS und die Haltung der Gewerkschaften

Da sich die zentralen Widersprüche zwischen Deutschland und China in den letzten Jahren vor allem auf die verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz um den europäischen Markt zurückführen lassen, ist die Konfrontationsrhetorik gegenüber China – in einigen Fällen auch offene China-Hetze – nicht nur längst in die Betriebe vorgedrungen; im Gegenteil: vielmehr kann man davon sprechen, dass sie in den Betrieben ihren Anfang nahm.

**D**ie Chinesen überschwemmen unseren Markt mit minderwertigen Produkten“, „die Chinesen kaufen unsere Zulieferer-Märkte leer, nicht um zu produzieren, sondern um uns zu sabotieren“ oder mit am beliebtesten: „Die Chinesen zerstören durch Dumping-Preise unsere Märkte, möglich gemacht durch extreme staatliche Subventionen. Die spielen mit unfairen Mitteln.“

„Unfaire Mittel“ also. Das Unterbieten der Konkurrenz durch staatliche Begünstigungen und Subventionen sind also „unfaire Mittel“ im Wettbewerb der Kapitalisten. Waren diese Mittel auch schon „unfair“, als Deutschland sie Anfang der 2000er Jahre nutzte und eine Vielzahl europäischer Nachbarstaaten in Außenhandelsdefizite und in seine Abhängigkeit drängte? Oder sind sie erst dadurch „unfair“ geworden, dass man selber nicht mehr am längeren Hebel sitzt?

## Gewerkschaft auf Irrwegen

Auch Christiane Benner, erste Vorsitzende der IG Metall, bedient sich an der Erzählweise der Unternehmen und attestiert, dass es mit China keinen fairen Wettbewerb geben würde und gibt im selben Atemzug die Zollpolitik der USA als Wegweiser für Deutschland aus. „Mehr Regularien für ausländische Firmen“ also, zusammen mit „umfangreichen Subventionen für deutsche Unternehmen“, wie Benner bereits Anfang 2024 in Gestalt eines 600-Milliarden-Sondervermögens für die deutsche Industrie gefordert hatte. Denn, so Benner in einem Interview mit der WirtschaftsWoche: „Deutschlands Exportmodell ist in Gefahr“. Oder, was diese Aussage im Kern bedeutet: Die wirtschaftliche Vormachtstellung deutscher Konzerne in Europa ist bedroht. Eine richtige Analyse, doch die vo-

rangegangenen Positionierungen machen deutlich, für wen die Gewerkschaftsvorsitzende dabei Partei ergreift.

Jedem Gewerkschafter sollte klar sein, dass sich die Bevorteilung deutscher Unternehmen durch öffentliche Gelder nicht realisieren lässt, ohne dass sie zwangsläufig zum Nachteil der werktätigen Bevölkerung, der Schülerinnen und Schüler sowie der Rentnerinnen und Rentner wird. Durch Haushaltskürzungen an anderer Stelle und Zinstilgung, die der Arbeiterklasse in Gestalt höherer Steuerabgaben begegnen, zahlt die breite Bevölkerung den Preis für eine solche Politik. Ihre Situation verschlechtert sich dadurch spürbar – bereits jetzt. Doch auch vor der gewerkschaftlichen Tarifpolitik macht dieser kapitalfreundliche Kurs nicht halt: Nicht nur, indem die IG Metall, wie bei VW, den Verzicht auf Lohnerhöhungen und sogar den Verzicht auf Lohnbestandteile verhandelt, sondern auch indem sie beispielsweise in der Stahltarifrunde ohne bezifferte Forderung in die Verhandlung mit der Kapitalseite tritt. Auch die IG BCE hat sich in ihrer aktuellen Tarifrunde in der Chemischen Industrie für eine unbezifferte Forderung entschieden. Das Handelsblatt interpretiert dieses Verhalten treffend als „Konzessionsbereitschaft gegenüber den Arbeitgebern“. „Alle zusammen für deutsche Sache“ – so ließe sich dieser Kurs treffend zusammenfassen. Das dieses „alle“ allerdings nicht existiert, wird an dem tatsächlichen Kurs deutscher Unternehmen im Hinblick auf die Konkurrenz mit China deutlich. Während hierzulande die Propagandamaschine des deutschen Kapitals auf Hochtouren läuft und eine neue nationale Einheit gegen die Feinde von außen beschwört, geht das China-Geschäft für deutsche Unternehmen munter weiter. Etwa 5200 deutsche Unter-

nehmen unterhalten derzeit Standorte in China und beschäftigen dort etwa 1,1 Millionen Arbeiter direkt. Noch 2023 erreichten die Investitionen deutscher Unternehmen in China mit 126 Milliarden Euro einen Höchststand und dieser Kurs wird fortgesetzt, wie die Geschäftsklimaumfrage der deutschen Außenhandelskammer für 2026 belegt. Mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen planen ihre Investitionen im kommenden Jahr zu steigern und die Zusammenarbeit mit chinesischen Partnern weiter zu vertiefen, während sogar 93% ihre Aktivität in China „allen Herausforderungen zum Trotz“ beibehalten werden.

China ist und bleibt also ein lohnenswertes Geschäft für das deutsche Kapital. Die Beschwörungen der deutschen Arbeiterklasse, sich auf das gemeinsame Deutschsein zu besinnen und am eigenen Leben Abstriche in Kauf zu nehmen, sind geschickte Manöver der gleichen Leute, die sich auch weiterhin am Auslandsgeschäft eine goldene Nase verdienen. Den Kampf für sichere Arbeitsplätze müssen die Beschäftigten in Deutschland nicht mit, sondern gegen die Absichten der Geschäftsführer führen. Der Kampf für sichere Arbeitsplätze darf nicht gegen einen starken Sozialstaat ausgespielt werden.

Statt „Alle zusammen für die deutsche Sache“ stellt sich die Sache nämlich viel eher so dar:

„Deutsches Kapital gegen chinesisches Kapital und umgekehrt, und beide zusammen gegen die Arbeiter – deutsche UND chinesische.“ ★

Eine ausführlichere Version dieses Artikels gibt es auf [arbeitsukunft.de](http://arbeitsukunft.de)



# WELCHE STRATEGIE FÜR DEN FRIEDEN?

Die Bundesregierung treibt eine Militarisierung voran, deren Kosten die Arbeiterklasse trägt. Was es jetzt braucht ist eine starke Friedensbewegung.

**W**ir haben die Schwelle hinein in eine neue Welt der Großmächte überschritten. In dieser Welt weht ein rauer Wind.“ Mit diesen Worten eröffnete Bundeskanzler Friedrich Merz seine Rede auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos. Die Beschreibung ist nicht falsch: Internationale Entwicklungen beschleunigen sich und geopolitische Konflikte werden zunehmend direkt militärisch ausgetragen. Der politische Schluss, den Merz kurz darauf zieht: Europa und insbesondere Deutschland sollen in dieser „neuen Welt“ eine „führende Rolle“ einnehmen, wirtschaftlich und militärisch. Spätestens seit der sogenannten Zeitwende ist diese Politik auch in Deutschland Realität geworden und ein Aufrüstungspaket folgt dem nächsten.

## Militarisierung einer ganzen Gesellschaft

Diese Entwicklung betrifft die gesamte arbeitende Bevölkerung. Denn sie ist es, die durch ihre Arbeit die finanziellen Mittel erwirtschaftet, mit denen neue Waffensysteme beschafft werden. Lohnkämpfe werden mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber rivalisierenden Mächten ausgebremst und eingeschüchtert. Für junge Menschen wird die Militarisierung spürbarer denn je, wenn sie zur Musterung erscheinen müssen, und auch eine Rückkehr zur klassischen Wehrpflicht ist nicht mehr fern. Staatliche Infrastrukturprojekte werden danach bewertet, wie kriegstauglich sie sind. Diese unmittelbare Betroffenheit bildet aber zugleich die objektive Grundlage für eine neue, breite Friedensbewegung. Voraussetzung dafür ist eine politische Strategie, die die konkreten Auswirkungen der Militarisierung für jeden einzelnen sichtbar macht und diese in nachvollziehbare Forderungen übersetzt.

## Es braucht eine Friedensbewegung mit klarem Fokus

Wichtig wird es hierbei, Forderungen zu wählen, die in Betrieben und Gewerkschaften anschlussfähig sind, da sie den konkreten Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau benennen. Außerdem muss der Kampf gegen die Wehrpflicht eine zentrale Rolle einnehmen, um die Friedensbewegung weiter zu verjüngen. Zudem sehen wir neben der traditionellen Friedensbewegung und der Jugendbewegung gegen die Wehrpflicht auch weitere Bewegungen wie die in Solidarität mit Palästina, die hunderttausende auf die Straßen brachte. Hier Brücken zu schlagen und die Bewegungen zu verbinden, muss für alle Kräfte der Friedensbewegung eine zentrale Aufgabe sein.

Rund um diese Fragen finden zurzeit innerhalb der Bewegung Diskussionen statt – das zeigt sich exemplarisch in dem Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Strategiepapier von Reiner Braun, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Karl-Heinz Peil und Peter Wahl mit ihren „Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung“. Hier zeigen sich auch einige Anschau-

ungen, die der Verbreiterung und Stärkung der Friedensbewegung im Weg stehen.

So wird in dem Papier der Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau kaum benannt, obwohl genau darin eine starke Kraft liegt, die aufzeigen kann, dass Militarisierung unserem Interesse unmittelbar entgegensteht. Dieser Zusammenhang ist auch ein entscheidender Anknüpfungspunkt für Bündnisse und die Verankerung der Friedensbewegung in Betrieb und Gewerkschaft sowie Schulen und Unis, was ganz entscheidend zu ihrer Verbreiterung beitragen kann. Doch der Kampf gegen die Aufrüstung Deutschlands wird gar nicht als Schwerpunkt benannt.

Stattdessen soll der Kampf gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen als besonderer Schwerpunkt der kommenden Zeit festgelegt werden – eine wichtige Forderung der Friedensbewegung, da diese Stationierung die Kriegsgefahr definitiv erhöht. Dass Teile der traditionellen Friedensbewegung dieser Frage jedoch eine zu große Bedeutung zurechnen, weist auf eine gefährliche Tendenz hin: Das imperialistische Handeln der deutschen Regierung zu unterschätzen und sie lediglich zu einem Anhängsel oder Vasallen des US-Imperialismus zu erklären. Doch Deutschland ist ein eigener imperialistischer Akteur, der mithilfe der EU auch bei den großen Weltmächten mitspielen will. Mit eigenen globalen Handelsprojekten wie „Global Gateway“ und einem zusammengerechneten Militärbudget von 343 Milliarden € (2024). Wenn Merz eine „führende Rolle“ in der „neuen Welt“ androht, dann ist das kein Spaß, sondern ein ernstzunehmender Ausdruck der Großmachtbestrebungen Deutschlands, die die Kriegsgefahr entscheidend befeuern.

Ein weiteres Problem innerhalb der traditionellen Friedensbewegung ist die fehlende Klarheit in der Analyse darüber, dass es keine imperialistische Kraft gibt, auf die sich fortschrittliche Kräfte verlassen können. In dem eben erwähnten Strategiepapier wird dieses Thema in einigen Sätzen abgehandelt. Es dürfte „nicht so schwer sein, einen modus vivendi“ (zu Deutsch: eine erträgliche, vorübergehende Übereinkunft) innerhalb der Friedensbewegung zu finden, wie der Umgang mit Russland aussehen sollte. Das bringt keine Klarheit und genau das wiederum marginalisiert die Friedensbewegung und spielt auch denjenigen in die Arme, die die gesamte Bewegung als „Russland-Freunde“ diffamieren wollen. Viel wichtiger ist es, durch praktische, internationale Solidarität aufzuzeigen, dass die einzige Kraft, auf die wir uns verlassen können, die Arbeiter und Völker dieser Welt sind.

All diese Diskussionen gilt es, in der Friedensbewegung zu führen und gleichzeitig weiter an der Stärkung der Bewegung zu arbeiten: Bei den Schulstreiks am 5. März, an den traditionellen Tagen der Friedensbewegung wie dem Ostermarsch und dem 1. September sowie in Aktionen der internationalen Solidarität. Eine starke und breite Bewegung gegen die steigende Kriegsgefahr aufzubauen ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit. ★



16.05.1990 - 19.02.2020

#Saytheirnames



09.06.1998 - 19.02.2020

#Saytheirnames



10.09.1997 - 19.02.2020

#Saytheirnames

# SECHS JAHRE SPÄTER

Sechs Jahre nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau. Warum warten wir immer noch auf Konsequenzen und Aufklärung?

**A**m 19. Februar 2020 erschoss der rechtsextreme Täter Tobias R. aus rassistischen Motiven neun junge Menschen und verletzte zahlreiche weitere. Die Morde fanden gezielt an Orten statt, die Anlaufstellen für migrantische, junge Menschen sind: Einer Shisha Bar, der „Arena Bar“ und einem Kiosk in der Hanauer Innenstadt. Während die Angehörigen bis heute um ihre Kinder, Geschwister und Freunde trauern, bleiben zentrale Fragen zur Tatnacht und vor allem der Verantwortung staatlicher Behörden und Polizei dabei weiterhin offen.

Seit kurzem ist klar: Der Anschlag von Hanau hat inzwischen zehn Todesopfer gefordert. Anfang dieses Jahres starb Ibrahim Akkuş an den Langzeitfolgen seiner schweren Verletzungen aus der Tatnacht. Und auch das bestätigt, der Fall Hanau ist noch lange nicht abgeschlossen.

Schon kurz nach dem Anschlag wurde deutlich, dass nicht nur das gezielte Handeln des Täters für den Tod der neun Menschen sorgte, sondern Ermittlungen und Recherchen von politischen Organisationen und den Angehörigen offenbarten, dass in der Tatnacht einige schwere, vermeintliche Fehler durch die Polizei passierten. Am ersten Tatort befand sich zufällig eine Polizeistreife, die den Täter jedoch nicht an der Flucht hinderte. Während der Mordserie, welche sich über einen längeren Zeitraum und verschiedene Orte in Hanau erstreckte, gingen mehrere Notrufe bei der Polizei ein, der Notruf war jedoch über entscheidende Minuten lang nicht erreichbar.

Bis heute ist zudem ungeklärt, warum der Notausgang der „Arena Bar“, einem der zentralen Tatorte, verschlossen war. Die Polizei begründete dies mit angeblich regelmäßigen Razzien, eine Erklärung, die weitere Fragen zur Praxis der Polizei aufwirft. Auch der Täter selbst war den Behörden schon lange bekannt. Tobias R. hatte über Jahre hinweg rassistische Schriften und Verschwörungstheorien im Internet veröffentlicht. Er hatte in der Vergangenheit auch mehrfach selbst Anzeigen gestellt, die sein rassistisches Weltbild offenbarten. Trotzdem besaß er seit 2013 eine Waffenbesitzkarte und mehrere Pistolen, darunter auch die Tatwaffe. Dass ein als rechtsextrem bekannter Mann legal bewaffnet war, wirft bis heute grundlegende Fragen zum behördlichen Umgang mit den Waffen- und Sicherheitsgesetzen auf und ist kein Einzelfall in der Chronik rechtsterroristischer Anschläge in Deutschland. Der Vater des Täters ist ebenfalls polizeibekannt und versucht seit 2020 immer wieder Angehörige zu bedrohen und zu verfolgen.

## Behördenversagen oder staatlich gestützter Terror?

In Politik und Medien war im Nachgang zur Tat immer wieder von einer „Kette des Versagens“ des Staats die Rede. Doch diese Formulierung verschleierte, dass es sich dabei nicht um Fehler Einzelner handelte, sondern um strukturelle Probleme in Polizei und Verfassungsschutz. Der Anschlag reiht sich ein in eine lange Geschichte von rechten Netzwerken und rassistischen Traditionen innerhalb deutscher Sicherheitsbehörden. Auch bei der rassistischen Mordserie des NSU Anfang der 2000er Jahre wissen wir heute, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes die Täter unterstützen und Informationen vertuschten. Bis heute gibt es keine konsequente Aufklärung und die NSU Akten werden unter Verschluss gehalten. Die Liste der Beispiele könnten wir sehr lang weiterführen. Ein großer Skandal waren beispielsweise auch die „NSU-2.0“ Droh schreiben vor wenigen Jahren, deren Spuren zu rechtsextremen Chatgruppen in hessischen Polizeirevieren führten. Polizisten riefen persönliche Daten von öffentlichen Personen und Politikern ab, die sich gegen Rassismus engagierten und schickten diesen üble Bedrohungen.

Doch nicht nur sind die Behörden in zahlreiche rassistische Anschläge verstrickt und verhindern die Aufklärung dessen, die Politik versucht aktuell auch, das Gedenken an den Fall zu entpolitisieren. In Hessen planen die SPD und CDU in diesem Jahr ein sogenanntes „stilles Gedenken“ ohne Reden und ohne kritische Einordnung. Grund dafür ist, dass die Mutter von Sedat Gürbüz, eines der Opfer bei dem öffentlichen Gedenken im letzten Jahr die Stadt Hanau für den Tod ihres Sohnes mitverantwortlich machte. Anstatt diese Vorwürfe transparent zu untersuchen, wird versucht diese zu unterbinden. All das unter dem Deckmantel der Andacht und des Respekts für die Opfer und Angehörigen.

Sechs Jahre nach Hanau sehen wir klarer denn je: Das Erinnern alleine reicht nicht aus. Gedenken ohne Aufklärung verkommt zu Symbolik. Die offenen Fragen zur Rolle von Polizei und Verfassungsschutz sind weiterhin unbeantwortet.

Der Anschlag von Hanau war kein Einzelfall, er steht auch für ein System, welches kein Leben schützt, sondern Machtverhältnisse. Die rechten Netzwerke in der Polizei, Morde durch Polizisten an migrantischen Menschen wie Lorenz A. in Oldenburg im letzten Jahr, Mouhamed D. 2022 in Darmstadt oder Oury Jalloh 2005 in Dessau und die Verstrickung des Verfassungsschutz in faschistische Netzwerke sind kein Zufall. Solange wir nicht weiter Fragen stellen und den Druck auf die Verantwortlichen erhöhen, solange wir nicht für Aufklärung kämpfen, wird dieser Terror kein Ende nehmen. ★

„Wir haben keine Angst mehr; wir kämpfen!“ Graffiti während der Proteste 2022

# BEFREIUNG STATT REGIME CHANGE

Während es in vielen Ländern, auch in Deutschland oder den USA, zu Solidaritäts-Demonstrationen mit Ländern wie dem Iran oder auch Venezuela kommt, gibt es in diesen Bewegungen auch immer einen Teil, der die Lösung unter anderem in Interventionen der USA oder anderer, westlicher Staaten sucht.

**S**eit knapp einem Monat verfolgen wir die Proteste im Iran, wo das Volk mutig auf die Straße geht und für ein Ende des Regimes kämpft. Die Proteste, die am 28. Dezember vom Teheraner Großen Basar ausgingen, haben sich schnell auf zahlreiche Städte und Provinzen ausgeweitet. Auslöser waren der massive Wertverlust des Rial, eine Inflation von bis zu 70 Prozent und der faktische Zusammenbruch der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen breiter Bevölkerungsschichten. Was als ökonomischer Protest begann, entwickelte sich zu einer offenen politischen Konfrontation mit dem Mullah-Regime. Doch je stärker die Proteste wurden, desto deutlicher trat ein zweiter Akteur auf den Plan: der US-Imperialismus und seine regionalen Verbündeten, allen voran Israel. Unter dem Vorwand, „an der Seite des iranischen Volkes“ zu stehen, versuchen sie, die Proteste politisch umzulenken. Durch Desinformation, soziale Medien, gezielte mediale Inszenierungen und die Aufwertung des Schah-Erben Reza Pahlavi wird ein Szenario konstruiert, das den berechtigten Zorn der Bevölkerung auf eine reaktionäre Alternative lenken soll. Die Zahl der Anhänger des Schahs ist zwar begrenzt, jedoch in der iranischen Diaspora hoch und bei den jüngsten Demonstrationen wird versucht, eine Militärintervention der USA und Israel zu legitimieren. Auf Iran-Protesten immer wieder zu sehen: Die

Flagge des Iran aus der Zeit der Monarchie mit dem Löwen und dem Ruf „Javid Shah“ - „Lang lebe der Schah“. Auch auf sozialen Medien gibt es ganze Beiträge, die Donald Trump persönlich bitten, durch eine militärische Intervention die Mullahs zu stürzen. Die Imperialisten der USA und der EU versuchen, den Schah zu glorifizieren. Ähnlich wie in Syrien, wo westliche Mächte den HTS-Führer Dscholani aufgewertet und als politische Alternative dargestellt haben. Das Ziel ist klar: Nicht die Selbstbefreiung der Völker des Iran, sondern ein Regimewechsel unter imperialistischer Kontrolle. Trump stellt dem Iran faktisch ein Ultimatum: Entweder Zustimmung zu einem neuen Abkommen, das auf Entmachtung und Kapitulation hinausläuft, oder militärische Intervention. Diese Drohung zielt zugleich auf die Disziplinierung der Protestbewegung wie auch auf die Erpressung des Regimes. In beiden Fällen wird die iranische Arbeiterklasse zum Spielball imperialistischer Interessen.

## Sanktionen, Krieg und „Hilfe“ – ein erprobtes Muster

Dieses Vorgehen ist kein Einzelfall. Es folgt einem bekannten Muster, das sich in Venezuela, Syrien, Libyen oder Irak in ähnlicher Weise abgespielt hat. In Venezuela wurden soziale Proteste gegen Inflation und Versorgungskrisen ge-

zielt genutzt, um mit Juan Guaidó einen westlich gestützten Marionettenpräsidenten aufzubauen. Das Ergebnis war nicht Demokratisierung, sondern wirtschaftliche Verwüstung, verschärfte Sanktionen und eine weitere Verarmung der Bevölkerung. In Syrien begann der Aufstand 2011 mit realen sozialen und politischen Forderungen. Doch durch das massive Eingreifen der USA, ihrer Verbündeten und regionaler Mächte wurde die Bewegung instrumentalisiert. Dschihadistische Gruppen, wie die HTS und ihre Vorläufer, wurden aufgerüstet, das Land zerstört und Millionen Menschen vertrieben. Assad wurde gestürzt und die islamistische HTS übernahm die Macht. Die Völker Syriens zahlten und zahlen immer noch den Preis. Der gemeinsame Nenner all dieser Interventionen ist eindeutig: Die Imperialisten handeln nie im Interesse der betroffenen Völker, sondern stets im Interesse ihrer geopolitischen, militärischen und ökonomischen Interessen.

## Warum Einmischung Proteste schwächt – nicht stärkt

Ausländische Intervention wirkt auf Protestbewegungen mehrfach zerstörerisch: Erstens ermöglicht sie autoritären Regimen, jede Form von Opposition als fremdgesteuert zu delegitimieren. Im Iran wird jeder Streik, jede Demonstration als „Werk

der USA und Israels“ diffamiert – eine Erzählung, die durch reale Einmischung erst glaubwürdig gemacht wird.

Zweitens verschiebt Intervention den politischen Fokus der Bewegung. Statt sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Rechte und Selbstbestimmung tritt die falsche Alternative: Entweder das bestehende Regime – oder ein von außen gestützter Machtblock, oft verkörpert durch korrupte Eliten, Exilpolitiker oder reaktionäre Kräfte.

Drittens zielt eine Intervention darauf ab, die Eigenständigkeit und Organisierungsfähigkeit der Bewegung zu zerstören. Der Arbeiterklasse und progressiven Kräften soll die Möglichkeit genommen werden, ihre eigenen politischen Strukturen aufzubauen und einen organisierten Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und die Imperialisten zu führen. Jede mögliche revolutionäre Entwicklung soll blockiert werden.

### Befreiung kann nicht importiert werden

Die Erfahrung macht deutlich: Weder das Mullah-Regime noch die auf den US-Imperialismus gestützte, verrottete Monarchie bieten einen Ausweg. Die Befreiung der Völker Irans kann nur aus ihrer eigenen gesellschaftlichen Kraft entstehen – aus der Organisation der Arbeiterklasse, der Unterdrückten, der Frauen, der Jugend. Die Völker Irans stehen vor einem langen und harten Kampf. Die Erfolgsaussichten hängen von der Fähigkeit ab, eine eigenständige, progressive und revolutionäre Führung aufzubauen, die den sozialen und politischen Widerstand zusammenführt.

Die Besetzung der Metallfabriken in Arak, die Streiks, die lokalen Selbstorganisationen zeigen, wo das eigentliche Potenzial liegt. Was für den Iran gilt, gilt ebenso für Syrien, Venezuela und jedes andere Land:

Echte Solidarität bedeutet, sich gegen jede Form imperialistischer Einmischung zu stellen und zugleich den selbstbestimmten Kampf der Völker zu unterstützen. Die Befreiung der Völker von Unterdrückung und Ausbeutung kann nicht durch imperialistische Interventionen erreicht werden. Deshalb ist es unsere Aufgabe, an der Seite der aufbegehrenden Völker zu stehen – gegen ihre Unterdrücker im Inneren wie im Äußeren. ★

Die Erfahrung macht deutlich: Weder das Mullah-Regime noch die auf den US-Imperialismus gestützte, verrottete Monarchie bieten einen Ausweg.

## Proteste im Iran

# Ursachen und Dynamiken der aktuellen Massenbewegungen

Die zum Jahreswechsel 2025-26 ausgebrochenen Massenproteste scheinen seit ein paar Tagen abgeflacht zu sein. Doch bedeutet das keineswegs, dass die Unruhen einen zufälligen Ausreißer in der jüngeren iranischen Geschichte bilden. Was sich seit Ende Dezember auf den Straßen der Islamischen Republik abspielt, ist jetzt schon in ein historisches Resultat umgeschlagen. Nicht zuletzt die Brüche innerhalb der herrschenden Klasse des Landes entzogen dieser als Ganzes immer mehr den Boden. Neben dem Wachstum ökonomischer und politischer Widersprüche im Inneren des Landes, nehmen auch die Widersprüche auf globaler Bühne zu, deren Folgen direkt auf den Iran zurückwirken. Die Situation im Iran spiegelt deshalb auch die zunehmende Konfrontation der imperialistischen Mächte und ihrer regionalen Interessen wider. Die Zukunft mag ungewiss sein; doch die Tendenz einer kurz- oder mittelfristig bevorstehenden sozialen Implosion erhärtet sich.

### Die bisherigen Entwicklungen

Zum Jahreswechsel überschlugen sich die Ereignisse. Ende Dezember sank der Rial auf ein Rekordtief. Nur einen Tag nach der drastischen Währungsabwertung trat Zentralbankchef Mohammed Resa Farsin zurück. Es braucht derzeit knapp 1.1 Millionen Rial, um einen einzigen US-Dollar zu erhalten. Wenige Stunden nach der Ankündigung des Rial-Absturzes begannen die Händler und Ladenbesitzer im Umfeld des Teheraner Basars zu protestieren. Innerhalb weniger Tage weiteten sich diese Proteste auf verschiedene Städte aus. Händler und Kaufleute protestierten Seite an Seite mit Studierenden und Angehörigen unterschiedlicher Klassen und Schichten, wütend über die derzeitige Wirtschaftskrise. Nur kurze Zeit später gab es Aufstände in allen 31 Provinzen. Mehrere Millionen Menschen haben sich bisher an den Protesten beteiligt. Der angestaute Unmut in der iranischen Bevölkerung ist dabei nicht überraschend. Die Inflation im Land ist

im Herbst auf knapp 50 Prozent gestiegen und lag am Jahresende bei 42.5 Prozent. Die Teuerung lag bei Lebensmitteln bei bis zu 70 Prozent. Große Teile der Bevölkerung hungern. Der von der Regierung am 26. Dezember vorgelegte Haushaltsentwurf ist dabei ein zusätzlicher Versuch, die in der Krise befindliche Wirtschaft auf dem Rücken der Werktätigen wieder auf die Beine zu bringen.

Was mit begrenzter Sicht auf den Teheraner Basar als scheinbar rein ökonomischer Protest gegen den Anstieg der Inflation und der Abwertung der Währung begann, schlug in eine politische Revolte um. Auf den Demonstrationen wurden Rufe wie „Nieder mit dem Regime“ und „Tod Chameneis“ skandiert. Der Staat setzte brutale Gewalt gegen die Aufstände ein. Amnesty International geht von deutlich mehr Todesopfern aus, als es die offiziellen Zahlen suggerieren. Dass am 8. Januar die Internetkommunikation abgeschaltet wurde, weist auf eine neue Qualität der staatlichen Repression hin.

## Weitere Kapitel

**Die herrschende Klasse im Iran**

**Verschiebung der Macht innerhalb der herrschenden Klasse**

**Die unsichtbare Arbeiterklasse Irans**

**Neuordnung im Nahen und Mittleren Osten**

**Das Schicksal der Arbeiterklasse und Völker Irans zwischen Mullah-Regime und imperialistischem Joch**

**Hier gehts zur Website:**



# ICE-TERROR GEGEN ARBEITERKLASSE ESKALIERT

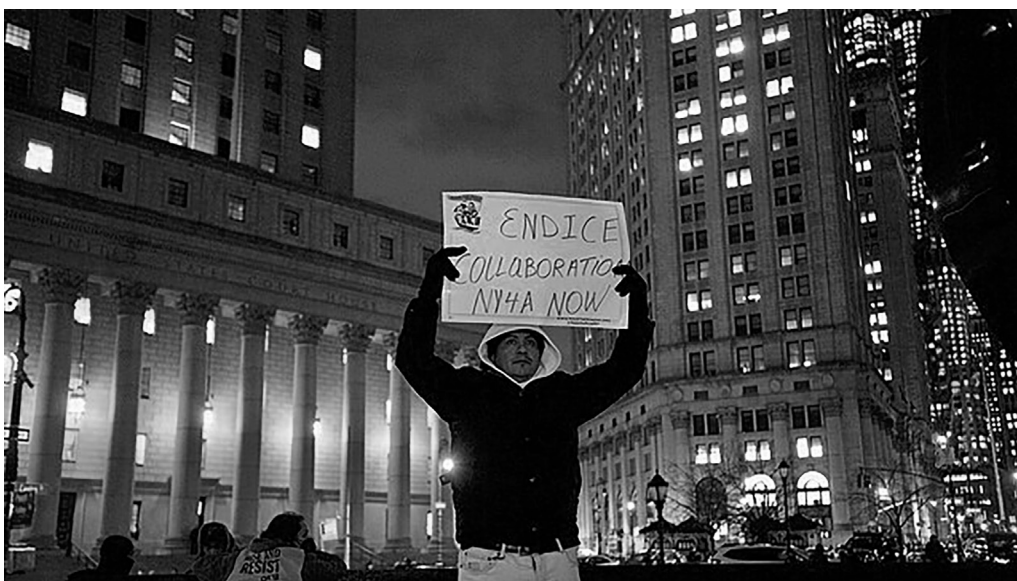
Während die USA die außenpolitische Eskalation vorantreiben und die Unzufriedenheit im Inland wächst, erreicht die „Teile-und-herrsche-Strategie“ einen neuen Höhepunkt: Die ICE-Behörden sind zu offenem Terror gegen die Bevölkerung übergegangen.

**D**ie 2003 als Reaktion auf die 9/11 Anschläge gegründete Behörde für Migrations- und Grenzkontrollen ist ein Teil des Department of Homeland Security, also des Ministeriums für innere Sicherheit. Seit ihrer Gründung genießt die ICE praktisch unumstrittene Unterstützung von allen Seiten des US-Parlaments. Zum Beispiel wurden während der Obama Regierung etwa 2,4 Millionen Migranten deportiert. Mehr Finanzmittel für ICE war auch eine der wenigen Forderungen, bei denen sich die Wahlkampagnen von Trump und Harris einig waren. Doch mit dem Wiederantritt von Trump hat die Rolle der ICE eine neue Qualität gewonnen. Etwa 170 Milliarden US-Dollar sind schon jetzt für die Dauer der aktuellen Amtszeit versprochen. Durch die massive und rasche Aufrüstung von ICE im vergangenen Jahr hat die Trainingszeit sowohl der Agenten als auch des übrigen Personals abgenommen. Das hat zur Folge, dass – ob gewollt oder nicht – immer wieder offen und gut dokumentiert Gesetze aller Art von ICE-Kräften gebrochen werden. Das öffentliche Auftreten der Agenten ist häufig rücksichtslos, offen übergriffig und gewalttätig.



USA. Am gleichen Tag fanden auch in über 2.000 Städten mit mehreren Millionen Teilnehmern die „No Kings“-Proteste statt. Diese Hommage an die Revolution gegen die britische Krone richtete sich an Trump und warf ihm vor, sich als König zu inszenieren. Dies stellte die größte nationale Protestaktion in der Geschichte der Vereinigten Staaten dar. Das erste Mal, dass zeitgleich in allen 50 Staaten Demonstrationen stattfanden

fa Terrororganisation“ wurde verboten und Städte, die starken Widerstand gegen die ICE-Kräfte leisten, werden im Rahmen militärähnlicher Kampagnen mit hohen Anzahlen an ICE-Agenten angegriffen. Zuerst in Los Angeles, später in Chicago und nun in Minneapolis wurden diese Kampagnen durchgeführt. Offizielles Ziel ist immer „die Straßen aufzuräumen und radikale, gewalttätige Aufstände zu beenden“, während es in Wahrheit darum geht, die legitimen, friedlichen Proteste der Bevölkerung gegen die Trump-Administration zu unterdrücken. In Minneapolis wurde dies nun durch die Ermordung von Renee Good auf die Spitze getrieben. Ein klares Signal, dass die ICE jederzeit dazu bereit ist, die Grenzen der Legalität zu sprengen, da sie sich – der Unterstützung durch die Regierung gewahr – in völliger Straffreiheit wähnen. Für viele Menschen in den USA eine rote Linie. Seit den Morden an Renee Good und kurz davor Keith Porter, dessen Mord bis heute drastisch unterdokumentiert ist und daher praktisch unbekannt einige Wochen vor Renee Goods Ermordung stattfand, haben nun auch organisierte Milizen angefangen die Proteste zu verteidigen und Polizeieinheiten, unter anderem auch die Einsatzkräfte der ICE, einzuschüchtern. Doch bleibt es in der aktuellen Lage nicht nur bei „gewöhnlichen“ Protesten: Es rufen auch verschiedene Gewerkschaften zu lokalen Generalstreiks auf und sogar liberale Regierungen lassen Schulen schließen,



Als Reaktion auf das harte Durchgreifen der Regierung gibt es nun immer häufiger Aufruhr. Schon am 14. Juni 2025 zum 250. Jahrestag der Verkündung der Unabhängigkeit der USA organisierte die Trump-Regierung eine der größten Militärparaden der

den und seit Black Lives Matter die größte soziale Bewegung in den USA. Die Proteste haben seitdem nicht aufgehört und die Regierung hat diese nicht unbeantwortet gelassen. Die Rekrutierungsquoten der ICE sind so hoch wie nie, die sogenannte „Anti-

um die Kinder vor potenziellen Razzien zu schützen. Ihre eigene Polizei oder gar ihre lokalen National-Guard-Regimente zum Schutz der Bevölkerung einzuschalten, wagen sie jedoch weiterhin nicht. Im Gegenteil: auf Anfrage von lokalen Polizeistationen wurden nun aufgrund von Protesten nach einem weiteren Mord am 24. Januar in Minneapolis an examinierendem Krankenpfleger für Intensivpflege Alexander „Alex“ Jeffrey Prett durch ICE die National Guard von Minnesota einberufen, um „Unterstützung zu leisten“. Das bedeutet Unterdrückung. Die National Guard und reguläre Polizei sind zwar besser ausgebildet als ICE-Agenten und werden ungleich ICE tatsächlich zu Deeskalation angewiesen, es ist jedoch trotzdem ein Versuch, die Proteste zu beenden. Der Mord an Alex Prett spielte sich während eines Protestes ab, bei dem zuvor Agenten eine junge Frau angriffen. Er wollte ihr aus der Auseinandersetzung helfen, Video-Aufnahmen zeigen, dass er nicht bewaffnet war und mit den Agenten kooperierte. Er wurde zu Boden gehalten und innerhalb von fünf Sekunden zehn Mal angeschossen und ist an den Wunden vor Ort verstorben – effektiv eine öffentliche Hinrichtung. Alex Prett war ein aktiver Teilnehmer eines friedlichen Protests. Seine Tötung muss also als Einschüchterung an andere Demonstranten gedeutet werden: „Wir haben für weniger getötet (Renee Good), wir haben für Protest getötet (Alex Prett), du bist nicht sicher“. Jedoch darf das nicht funktionieren – die Stärke einer solchen Widerstandsbewegung wie wir sie gerade in Minnesota sehen liegt in der Menge, der Einheit. Die USA haben zudem eine sehr ausgeprägte Zivilbewaffnung – die Bevölkerung kann sich wehren und wird auch immer mehr dazu gezwungen.

Die Trump-Administration erhöht den Druck auf die US-amerikanische Bevölkerung derweil immens. Die Armut in den USA hat auch aufgrund des extrem unterentwickelten Sozialstaates mittlerweile ein so hohes Niveau erreicht, dass über 41 Millionen Menschen – also etwa 12 Prozent der Bevölkerung – von staatlichen Essenmarken leben müssen. Was die Situation der US-amerikanischen Arbeiter zusätzlich verschärft: weiterhin wird in den USA jeglicher Versuch unterdrückt, eine starke Gewerkschaftsbewegung zu etablieren. Nicht nur wenden die großen Konzerne Unsummen für Union Busting auf, auch der Staat betreibt einen massiven Aufwand im Dienste der herrschenden Klasse, indem er die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht erhält und weiter vertieft. Die Lebensqualität in den USA nimmt gleichzeitig weiter ab, Obdachlosigkeit ist überproportional hoch, jeden Tag sterben drei Menschen in Konfrontationen mit der Polizei, etwa ein Viertel der Bevölkerung hat keine Ersparnisse, würden also sofort auf der Straße landen, wenn auch nur ein Monat kein Geld ankommt. Auch die massive Inflation, die besonders während der Corona-Pandemie entstanden ist, wurde noch immer nicht durch Lohnerhöhungen ausgeglichen. Diese Probleme könnten unter anderem mit dem Geld gemindert werden, dass gerade in die ICE investiert wird. Aber das passiert nicht, aus einem einfachen Grund: Spaltung. Der Bevölkerung der USA soll eingetrichtert werden: „Es geht dir schlecht, aber es könnte dir schnell noch sehr viel schlechter gehen und diese „Illegals“ – illegale Migranten – nehmen dir den guten Job weg, den du eigentlich haben solltest.“ So wird die Angst vor einem noch schlechteren Leben genutzt, um die Leute bei der Stange zu halten und sie gegeneinander aufzuhetzen. Es soll die Bevölkerung von dem tatsächlichen Grund ihrer schlechten Lebensbedingungen, dem ungerechten System, in dem sie leben, ablenken. Somit erreicht die „Teile-und-herrsche-Strategie“ durch den Einsatz der „ICE“ einen neuen Höhepunkt – doch die Proteste zeigen, dass bei weitem nicht alle Teile der Gesellschaft diesen Terror akzeptieren werden. ★

# Freihandelsbündnis von Industrie- und Agrarkapital gegen die Arbeiterklasse

Das EU-Mercosur-Abkommen, maßgeblich von Deutschland vorangetrieben, stärkt vor allem exportorientiertes Großkapital, während es Arbeitsplätze, Umwelt und Kleinbauern in Europa und Lateinamerika gefährdet und die imperialistische Konkurrenz weiter verschärft.

**N**ach jahrzehntelangen Verhandlungen erfolgt am 17. Januar 2026 die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und vier lateinamerikanischen Ländern der MERCOSUR-Wirtschaftszone Lateinamerikas. Die vier Vertragsstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay werden ökonomisch von Brasilien dominiert, welches für circa 75 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung des MERCOSUR steht. Deutschland steht für circa 25 Prozent der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union (EU). Diese beiden Staaten sind die Hauptakteure hinter dem abgeschlossenen Abkommen. Aufgrund massiver Widerstände von unterschiedlichen Seiten haben die Verhandlungen Jahrzehnte gedauert.

Die brasilianische Front gegen die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens bezeichnet dieses als „ein neokoloniales Abkommen“. Der Zusammenschluss von 140 Organisationen warnt vor dessen Konsequenzen, wie steigenden Importen von toxischen Pestiziden, welche die Bevölkerung vergiften. Der Gewerkschaftsdachverband Uruguays PIT-CNT lehnt das Abkommen ebenfalls ab: „Wir verurteilen, dass dieses Abkommen weder den Menschen zugutekommt, noch den Möglichkeiten einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung gerecht wird. Es begünstigt lediglich die Wirtschaftssektoren, welche Rohstoffe exportieren, Natur und Umwelt schädigen, sowie am meisten gegen Arbeits- und Menschenrechte verstoßen. Darüber hinaus werden die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer in allen produktiven Sektoren des Mercosur gefährdet, mit besonderer Verschlechterung der Industrie, wie verschiedene Wirtschaftskammern des Sektors zum Ausdruck brachten. Für die Gewerkschaften in der Region ist dieses Abkommen ein ungleicher Pakt, der die Klimakrise ignoriert, verbotene Pestizide und Abholzung fördert, die Gesellschaft für bloße Unternehmensgewinne opfert und das extraktivistische Profil unserer regionalen Wirtschaft verstärkt.“

## Gewinner und Verlierer des Freihandelsabkommens zwischen EU und Mercosur

Freihandel bedeutet Freiheiten für das Kapital durch den Abbau von Zollschränken und Handelshemmnissen. Dabei gewinnt immer das wirtschaftliche stärkere Kapital. Wer ist das? Das sind in Deutschland insbesondere die Fahrzeughersteller, der Maschinenbau, die chemische Industrie und Pharmabranche. In Südamerika ist das die Bergbauindustrie, welche Kupfer und Lithium abbaut und die Agrarwirtschaft, mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Kaffee, Zucker, Bioethanol, Sojabohnen, Geflügel und zu-

sätzlichen 99.000 Tonnen Rindfleisch für Europa. Entsprechend befürchtet die Arbeiterkammer Österreichs die Vernichtung von bis zu 120.000 Arbeitsplätzen in der europäischen Landwirtschaft. Wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. An erster Stelle sind das die kleinen Landbesitzer in Lateinamerika, welche von ihrem Land vertrieben und deren Wälder abholzt werden, um den Plantagen der Agrar-Konzerne Platz zu machen. Das Sterben mittelständischer Landwirtschaftsbetriebe wird sich in Europa durch den erhöhten Preisdruck beschleunigen. Industrieprodukte aus Europa ersetzen zukünftig vermehrt in Lateinamerika gefertigte Waren und vernichten somit Industriearbeitsplätze in den Metropolen Südamerikas.



### Das Mercosur-Abkommen - Deutschlands Vorgehen mittels Europäischer Union

Sogar einige Kapitalfraktionen und europäische Staaten sehen sich durch das Freihandelsabkommen benachteiligt. Besonders die Wirtschaft Frankreichs ist Hauptverlierer dieser Vereinbarung. Frankreichs Autoindustrie liefert in andere Weltregionen und hat im Gegensatz zur deutschen Autobranche kein starkes Vertriebsnetz in den Ländern des Mercosur. Zudem ist in Frankreich, aber auch in Polen die wirtschaftliche Bedeutung der Agrarbranche erheblich höher als in Deutschland. Frankreich, Polen und weitere EU-Staaten werden von Deutschland und verbündeten Staaten überstimmt. Die Europäische Kommission setzt das Interesse der Bundesregierung und des deutschen Kapitals gegen Frankreich und andere Gegner des Freihandelsabkommens durch. Vom Freihandel profitiert die exportorientierte Industrie, die in Deutschland besonders stark vertreten ist.

Wir sehen eine Welt im Umbruch. Die USA verteidigen ihre dominante Position gegen China und weitere Herausforderer. Mit aggressiven Mitteln, Sanktionen, Zollschränken und Militäraktionen sichern sich die USA ihren Einfluss, unter anderem in Lateinamerika. Im vergangenen Jahr hat die US-amerikanische Regierung ihren Zugriff auf den Panama-Kanal verstärkt und den Verkauf von Hafenanlagen, welche im Besitz eines chinesischen Unternehmens sind, gefordert. Nachdem der Präsident Venezuelas Nicolás Maduro der Aufforderung, die Handelsbeziehungen mit China zu beenden, nicht nachkam, wurde er kurzerhand entführt. Exportorientierte Mittelmächte wie Brasilien und Deutschland versuchen verzweifelt einen Ausweg aus der Konkurrenz mit den wettbewerbsfähigen chinesischen Produkten und Alternativen zu dem durch Einfuhrzölle geschützten Absatzmarkt in den USA. Im März des vergangenen Jahres reiste Brasiliens Präsident Lula da Silva nach Japan, um dort für ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Block zu werben. Den USA ist es im November gelungen, mit weiteren vier lateinamerikanischen Ländern Handelsabkommen zu schließen. Argentinien ist dabei, obwohl es zu dem von Brasilien dominierten Wirtschaftsbündnis Mercosur gehört.

Deutschland versucht teilweise mit Erfolg die EU für seine Interessen zu instrumentalisieren, wie aktuell mit dem EU-Mercosur Freihandelsabkommen. Es ist sicher kein Zufall, dass US-Präsident Donald Trump am Tag der Unterzeichnung des Abkommens neue Strafzölle gegen acht europäische Staaten angekündigt hat. Auch wenn er sie mit dem Widerstand dieser Länder gegen die Annexion Grönlands durch die USA begründet.

### Deutschlands Führungsanspruch und der Widerstand dagegen

Der deutsche Imperialismus versucht, wie schon in der Zeit des ersten und zweiten Weltkriegs, andere europäische Staaten zu dominieren. Die EU ermöglichte es dem deutschen Kapital über eine im Vergleich zur Deutschen Mark abgewertete Währung, den Euro, zum Export-Weltmeister aufzusteigen und diese Position über viele Jahre zu halten. Zudem verlor, durch den Wegfall von Zollschränken innerhalb der EU, die europäische Konkurrenz Marktanteile an deutsche Unternehmen. Mit der Ausrufung einer Zeitenwende am 27. Februar 2022 reagiert Deutschland auf den Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil fordert am 15. Juni 2022 „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem“. Inzwischen ist es offizielles Ziel der Bundesregierung die militärische Führungsmacht in Europa zu werden. Zu diesem Zweck investiert Deutschland hunderte Milliarden Euro in die Aufrüstung und in kriegswichtige Infrastrukturmaßnahmen. Der deutsche Imperialismus strebt ein Europa unter deutscher Führung an. Konkurrierende Mittelmächte und die USA versuchen das zu verhindern. Die Kappung der North Stream Gaspipeline unter den Augen des US-Militärs hat das deutsche Industriekapital von preiswerter Energie abgeschnitten und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigt. Der von den USA provozierte Krieg mit der Russischen Föderation und die damit verbundenen Sanktionen haben der deutschen Wirtschaft den russischen Absatzmarkt genommen. Frankreich blockt bisher erfolgreich den Griff Deutschlands nach der Atombombe ab. Polen hat sich enger an die USA gebunden, um seine Position gegenüber dem deutschen Imperialismus zu stärken. Der Landwirtschaftsminister Stefan Krajewski kündigt eine Klage Polens gegen das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten vor dem Europäischen Gerichtshof an. Am 21. Januar schließt sich das Europaparlament den Gegnern des Abkommens an und stimmt mit knapper Mehrheit für dessen Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof. Nun wird sich entscheiden, ob sich Deutschland im Interesse der exportorientierten Unternehmen mit seinem Einfluss in der EU-Kommission gegen die massiven Widerstände mehrerer europäischer Staaten durchsetzt. Die EU-Kommission, mit ihrer deutschen Präsidentin Ursula von der Leyen an der Spitze, könnte das EU-Parlament übergehen und das Abkommen vorläufig in Kraft setzen. Wie auch immer diese Auseinandersetzung ausgeht, rüstet der deutsche Imperialismus massiv auf, um in Zukunft seine Interessen nötigenfalls militärisch durchsetzen zu können. ★

Wo es Gewinner gibt, gibt es auch Verlierer. An erster Stelle sind das die kleinen Landbesitzer in Lateinamerika, welche von ihrem Land vertrieben und deren Wälder abgeholzt werden, um den Plantagen der Agrar-Konzerne Platz zu machen. Das Sterben mittelständischer Landwirtschaftsbetriebe wird sich in Europa durch den Preisdruck beschleunigen.



# KAPITALISMUS MACHT ARBEITSLOS

Wenn die Arbeiterklasse regieren würde...

Gerade erleben zigtausende Kolleginnen und Kollegen, was für sie „Sicherheit“ bedeutet. Während das Kapital mit Milliarden-Subventionen gestopft wird, verlieren sie ihren Arbeitsplatz. Das Kapital hat in seiner Gier nach Profit in eine Krise geführt. Die Rechnung bezahlt die Arbeiterklasse – mit Entlassung, Lohneinbußen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und Grundsicherung.

**S**eit über 70 Jahren hat jede Regierung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen in ihrem Programm. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote heute bei 6,3%, was fast 3 Millionen Menschen entspricht. Trotz „tapferem Kampf“ gegen die Arbeitslosigkeit konnte und kann das kapitalistische System das Problem nie lösen. Warum? Um die Ware Arbeitskraft möglichst profitabel auszubeuten und die Lohnkosten niedrig zu halten, benötigt das Kapital immer eine Reservearmee von Arbeitslosen. Eine knappe Ware ist immer teurer, auch die Ware Arbeitskraft. Das Kapital hat gar kein Interesse daran, Arbeitslosigkeit abzuschaffen. Im Gegenteil! Da ist auch Druck auf Arbeitslose „gut“, weil so die Ware Arbeitskraft billiger wird. Wenn zahlreiche Arbeitslose bereitstehen, um den eigenen Job im Notfall zu übernehmen, dann überlegt man sich zwei Mal, ob man mehr Lohn fordert.

Für das Kapital ist die Ware Arbeitskraft nur notwendig, um überhaupt Profit machen zu können. Denn nur die Arbeit und das Produkt der Arbeit ist Quelle für neue Werte. Nur mithilfe der Ware Arbeitskraft lässt sich aus Geld mehr Geld machen. Sie ist die Quelle des Reichtums einer Gesellschaft. Daher ergibt sich auch ein der Arbeiterklasse wohl bekannter Widerspruch: Auf der einen Seite entwickelt sich die Menschheit immer weiter, wird immer produktiver, kommt mit immer weniger Arbeitszeit in die Lage, immer mehr und bessere Produkte herzustellen. Auf der anderen Seite kommt diese Verbesserung der Technik, zum Beispiel die Digitalisierung, der Gesellschaft gar nicht zugute, im Gegenteil: Immer mehr Kollegen müssen sich Sorgen machen, aufgrund der steigenden Produktivität entlassen zu werden. Zwar sind die Bedingungen da, dass alle weniger arbeiten könnten und gleichzeitig derselbe oder mehr gesellschaftlicher Reichtum geschaffen werden könnte – doch diese Faktoren spielen überhaupt keine Rolle. Es geht darum, die Profite oben zu halten und die Lohnkosten zu senken.

## In einem anderen System...

Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus kein zufälliges und auch kein lösbares Problem. Nur in einer anderen Gesellschaft können die Widersprüche aufgehoben werden, die immer wieder dazu führen, dass tausende ihre Arbeit verlieren. Arbeit im Sozialismus hat eine ganz andere Qualität als in der heutigen, kapitalistischen Gesellschaft. Arbeit dient nicht den Profitinteressen einzelner,

sondern richtet sich nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse bestimmt, was und wie produziert wird. Im Kapitalismus bedeutet beispielsweise Schutz der Umwelt immer Verteuerung der Produkte und für das Kapital eine Schmälerung des Profits, unnötige Kosten. Im Sozialismus bedeutet Schutz der Umwelt Befriedigung eines Grundbedürfnisses nach einer lebenswerten Umwelt und gesamtgesellschaftlich eine ungeheure Ersparnis an Arbeitskraft und Ressourcen. Im Sozialismus wird nicht jeder Produktionsprozess einzeln für sich betrachtet, sondern alles als Gesamtrechnung für die Gesellschaft.

Genauso ist es mit dem Thema Arbeitslosigkeit. Auch im Sozialismus kann mit wachsender Produktivität und zunehmender Befriedigung der Bedürfnisse weniger Arbeit notwendig sein. Das führt nicht zu Entlassungen, sondern zur Senkung der notwendigen Arbeitszeit. Arbeitsplätze sind sicher. Wenn es nicht um Profitmaximierung geht, dann bieten Fortschritte in der Produktivität die Möglichkeit, entweder mehr zu produzieren, um Bedürfnisse zu befriedigen oder, wenn diese gedeckt sind, die Arbeitszeit zu verkürzen. Beides erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand.

Heute sind die Voraussetzungen für eine Planwirtschaft sogar sehr weit fortgeschritten. Das Kapital selbst bedient sich der Planung, allerdings nur innerhalb eines Konzerns. Bei Volkswagen wird nicht einfach losproduziert. Alles ist geplant und abgestimmt, sogar über den Konzern hinaus bis zu den Zulieferern. Auch die Beschaffung der Rohstoffe geht planmäßig, sonst würde ja ständig die Produktion stillstehen. Das Kapital hat selbst die Instrumente wie z.B. die Digitalisierung entwickelt, mit denen die Planung ständig verbessert wurde. Dadurch allerdings, dass das nur auf Konzernebene angewendet wird, herrscht in der gesamten Volkswirtschaft trotzdem Chaos. Die Konkurrenz macht eine gesellschaftliche Planung unmöglich. Bei einer gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus wären diese Reibungsverluste und Schäden des Kapitalismus und des Konkurrenzkampfes beseitigt.

Die Widersprüche des Systems zwingen heute allein in Deutschland hunderttausende Kollegen dazu, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen und sich gegen die Interessen des Kapitals zumindest ein wenig Sicherheit zu erstreiten. Doch dass wir für unsere Arbeitsplätze überhaupt kämpfen müssen, ist kein Naturgesetz – es ist das System, das uns die Sicherheit nimmt und gegen das der Kampf geführt werden muss. ★

## Tarifrunden 2026

# WER ZAHLT DIE KRISE - KAPITAL ODER BESCHÄFTIGTE?

2026 wird für rund 10 Millionen Beschäftigte ein entscheidendes Jahr.

In nahezu allen großen Branchen laufen Tarifverträge aus und werden neu verhandelt. Trotz erschwelter Bedingungen gehen die Gewerkschaften mit dem Anspruch in die Verhandlungen, zumindest einen weiteren Verlust der Kaufkraft zu verhindern – in einzelnen Fällen sogar Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Während Verdi und die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GdL) mit konkreten Forderungen auftreten, verzichtet die IG BCE bislang auf klare Zahlen. Das ist kein technisches Detail, sondern eine politische Entscheidung – mit absehbaren Folgen für den Verlauf und das Ergebnis der Tarifrunde.

### GdL: Gegenwehr gegen Reallohnverluste angekündigt

Die GdL ist am 8. Januar in die Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn eingetreten – mit 40 konkreten Forderungen. Die zentrale Botschaft ist klar: Die massiven Reallohnverluste der letzten Jahre werden nicht hingenommen! Zwischen 2022 und 2023 seien die Reallöhne um 13 Prozent eingebrochen, so die GdL. Die Forderung nach insgesamt 8 Prozent Lohnerhöhung ist daher kein „Maximalismus“, sondern der Versuch, „diese Lücke zu schließen“. Der neue Vorsitzende der GdL, Mario Reiß, erklärte vor dem ersten Verhandlungstermin: „Wir wollen zu einem Ergebnis kommen, ohne streiken zu müssen. Aber das hängt nicht allein von uns ab.“



GdL-Streik Tarifrunde 2023/24

### IG BCE: Verhandeln ohne Forderungen – ein bekanntes Risiko!

Das erklärte Ziel der IG BCE ist ein schneller Abschluss. Doch genau hier liegt das Problem: Die Gewerkschaft verzichtet bislang auf konkrete Lohnforderungen und begnügt sich mit allgemeinen Formeln wie „Stärkung der Kaufkraft“ und „tarifliche Instrumente zur Sicherung der Beschäftigung nutzen“.

Die Erfahrung zeigt, wohin das führt. Im Stahlsektor bedeutete ein solcher Kurs letztes Jahr im Oktober bis Dezember konkret Reallohnverzicht und anschließend einen Abschluss mit 1,75 % unterhalb der Inflationsrate von 2,3 %. Für die Beschäftigten war das Ergebnis klar: weiterer Kaufkraftverlust – trotz angeblicher „Standortsicherung“, denn vielerorts sind Kündigungsdrohungen weiterhin nicht vom Tisch.

### Gaststätten und Handel weiterhin schwach

Die Gewerkschaft NGG, die Beschäftigte in der Ernährungs- und Gastronomiebranche organisiert, wird im Jahr 2026 in sechs Tarifgruppen in verschiedenen Bundesländern verhandeln. Der Vorstand der NGG hat den Tarifkommissionen empfohlen, Lohnerhöhungen zwischen 4 und 6 Prozent zu fordern.

Im Einzel- und Großhandel, in dem bundesweit mehr als 3,5 Millionen Beschäftigte arbeiten, steht Verdi vor besonderen Herausforderungen. Diese Branchen zählen seit Jahren zu jenen Bereichen, in denen es der Gewerkschaft schwerfällt, gute Tarifergebnisse durchzusetzen. Es wäre daher keine Überraschung, wenn sich die in den Monaten März bis Juni in verschiedenen Bundesländern beginnenden Tarifverhandlungen – wie in den vergangenen Jahren – erneut über viele Monate hinziehen.



Metall- und Elektrotarifrunde 2024

### IG-Metall: Verzicht wegen Standort?

Die Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie laufen Ende Oktober 2026 aus. Die Führung der IG Metall hat in verschiedenen Regionen bereits die Tarifkommissionen einberufen und prüft derzeit, ob – ähnlich wie im Stahlsektor – ohne konkrete Forderungen in die Verhandlungen gegangen werden soll. Dabei versucht die Gewerkschaftsführung, die Erwartungen der Kommissionsmitglieder durch Verweise auf die schlechte wirtschaftliche Lage, rückläufige Exporte sowie sinkende Auftragszahlen in der Automobil- und Maschinenbauindustrie zu dämpfen. Ob diese Strategie aufgeht, bleibt abzuwarten.

## Gewinne sind sicher – Arbeitsplätze nicht

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwierig, daran besteht kein Zweifel. Konzerne nutzen die Situation, um Entlassungen, Standortschließungen und Produktionsverlagerungen durchzusetzen. Besonders betroffen sind die Schlüsselindustrien Automobil, Maschinenbau, Stahl und Chemie.

Ob VW, Bosch, MAN oder ZF: Überall werden bestehende Vereinbarungen aufgekündigt, zehntausende Arbeitsplätze abgebaut und Löhne faktisch gesenkt. Bei Volkswagen wurde sogar ein Tarifpaket vereinbart, das Entlassungen von 35.000 Kolleginnen und Kollegen, Lohnkürzungen und jahrelange Nullrunden kombiniert – trotz Milliardenumsätzen.

Nicht vergessen werden darf, dass in den vergangenen Jahren von der IG Metall und der IG BCE abgeschlossene Tarifverträge den Unternehmen weitreichende Garantien zur Absicherung ihrer Ge-

winnmargen eingeräumt haben. So wurde in mehreren Verträgen vereinbart, dass bestimmte tarifliche Zahlungen ausgesetzt werden können, sobald die Gewinnmarge unter 2,3 Prozent fällt.

## Ohne Kampf keine Reallohnsicherung

Die letzten Jahre haben gezeigt: Zugeständnisse sichern weder Arbeitsplätze noch Einkommen. Dennoch wird den Beschäftigten erneut eingeredet, sie müssten „Verantwortung für den Standort“ übernehmen. In Wahrheit geht es darum, Profite zu schützen.

Reallohnsteigerungen, Beschäftigungssicherung und soziale Rechte werden nicht durch Zurückhaltung erreicht, sondern nur durch organisierte Gegenwehr. Die Tarifrunden 2026 werden deshalb auch eine Frage des Kräfteverhältnisses sein: Vertrauen die Beschäftigten auf die eigene Stärke – oder zahlen sie erneut die Krise? ★

## Tarifrunde der Länder

# Kein Angebot, kein Fortschritt – kein Entgegenkommen der Arbeitgeber

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder sind nach zwei ergebnislosen Runden ohne verbindliches Arbeitgeberangebot festgefahren.

**D**ie Tarifverhandlungen betreffen bundesweit mehr als zwei Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder. Die zweite Verhandlungsrunde, die am 15. und 16. Januar in Potsdam stattfand, endete erneut ohne Ergebnis. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) legte auch in dieser Runde kein verbindliches Angebot vor. Stattdessen präsentierte sie einen sogenannten „unverbindlichen Vorschlag“, der weit hinter den Forderungen der Gewerkschaft zurückbleibt.

Ver.di-Vorsitzender Frank Werneke kritisierte, dass dieses Modell faktisch bedeuten würde, dass es in verschiedenen Zeiträumen über Monate hinweg keinerlei Gehaltserhöhungen gäbe. „Wir werden keinen Tarifvertrag unterhalb des Niveaus der bereits abgeschlossenen Verträge auf kommunaler und Bundesebene unterschreiben“, stellte Werneke klar.

## Nullmonate, lange Laufzeit, kein Angebot – die Antwort muss Widerstand sein

Nach Ende der zweiten Verhandlungsrunde erklärte Werneke: „Die Arbeitgeber verstehen offenbar nicht, wie ernst die Lage unserer Kolleginnen und Kollegen ist.“



Streik in Hamburg

Weiter: „Die Arbeitgeber haben anstelle eines Angebots lediglich einen sogenannten ‚Lösungskorridor‘ skizziert.“ Dieser beinhaltet, dass die vorgesehenen Gehaltserhöhungen auf drei Haushaltsjahre verteilt werden sollen, wobei der erste Schritt frühestens im Frühjahr 2026 erfolgen könnte. Dies würde erneut sogenannte Nullmonate bedeuten. Zudem lehnt die TdL die Mindestforderung der Gewerkschaft vollständig ab. Die Konsequenz könne daher nur sein, den Druck in den kommenden Tagen und Wochen durch weitere Streiks zu erhöhen. Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst seien aufgerufen, die Forderungen von Ver.di aktiv zu unterstützen.

## Milliarden für Aufrüstung – kein Geld für Löhne?

Seit Beginn der Tarifverhandlungen auf Landesebene ist deutlich Bewegung unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beobachten. Die Warnstreik- und Protestaufrufe der Gewerkschaft stoßen auf eine hohe Beteiligung. Dass diese Mobilisierung weiter zunimmt, zeigte sich bereits am ersten Tag der zweiten Verhandlungsrunde, als 3.000 Beschäftigte aus Berlin und Brandenburg an Warnstreiks teilnahmen und sich an einer Kundgebung in Potsdam beteiligten.

Die Proteste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst richten sich nicht nur gegen unzureichende Lohnangebote, sondern auch gegen den Abbau sozialer Rechte und die

massive Ausweitung der Militärausgaben. Auf Kundgebungen in zahlreichen Regionen wurde betont, dass es nicht hinnehmbar sei, hunderte Milliarden Euro für Rüstung und militärische Zwecke bereitzustellen, während die Lebensbedingungen der Beschäftigten im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich weiter verschlechtert werden.

Ein Transparent der Ver.di-Betriebsgruppe der Freien Universität Berlin, das bei der Kundgebung am 16. Januar in Potsdam gezeigt wurde, brachte diesen Zusammenhang deutlich auf den Punkt: „Nein zu Kürzungen und Militärbudgets“.

## Ohne Druck keine Bewegung – Vorbereitung auf die dritte Verhandlungsrunde

Andreas Dressel (SPD), Finanzsenator von Hamburg und Verhandlungsführer der Länder, erklärte mit Blick auf die Forderungen der Gewerkschaft: „Angesichts der begrenzten Haushaltsmittel sind die Forderungen der Gewerkschaft völlig überzogen.“ In einem Interview mit dem Handelsblatt versuchte Dressel zudem die Beschäftigten zu provozieren: Die deutsche Wirtschaft komme nicht in Schwung, gleichzeitig litten Länder und Kommunen unter Steuerausfällen, steigenden Sozialausgaben und hohen Kosten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten. „Da ist kein Platz für hohe Gehaltserhöhungen“, so Dressel. Dennoch äußerte er die Erwartung, dass im Februar eine Einigung erzielt werden könne. Ver.di kündigte jedoch an, den Druck auf die Arbeitgeberseite bis zur dritten Verhandlungsrunde, die vom 11. bis 13. Februar stattfinden soll, weiter zu erhöhen. Geplant sind flächendeckende Warnstreiks in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

### Forderungen der ver.di:

- 7% mehr Lohn, mindestens aber 300€ mehr
- 20% höhere Überstundenzuschläge
- 200€ mehr für Azubis und Praktikanten
- Unbefristete Übernahme nach der Ausbildung
- Einbeziehung der studentisch Beschäftigten in den Tarifvertrag



## Die Rechnung der letzten Tarifrunde darf sich nicht wiederholen

Beim Ende 2023 abgeschlossenen Tarifvertrag wurde eine dauerhafte Gehaltserhöhung erst nach zwölf Monaten wirksam. In den ersten zwölf Monaten erhielten die Beschäftigten lediglich eine sogenannte Inflationsausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 3.000 Euro, ausgezahlt in mehreren Raten. Die dauerhafte Gehaltserhöhung belief sich ab November 2024 auf 200 Euro monatlich, ergänzt durch eine Erhöhung von 5,5 Prozent ab dem 1. Februar 2025. Insgesamt hätte dies mindestens 340 Euro monatlich ausmachen sollen. Von den insgesamt 25 Monaten Laufzeit des Tarifvertrags wurden jedoch nur in zwölf Monaten tatsächlich dauerhafte Gehaltserhöhungen gezahlt. In den Protesten wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Inflation inzwischen auf etwa 2 Prozent gesunken ist. Die Beschäftigten fordern daher nicht nur neue Lohnerhöhungen, sondern auch einen Ausgleich der Verluste aus der vergangenen Tarifierperiode. Vor diesem Hintergrund erscheint es offensichtlich, dass die Arbeitgeberseite erneut einen langfristigen Tarifvertrag anstrebt, der reale Lohnerhöhungen weitgehend neutralisieren würde. ★



# GEHT'S UNS FRAUEN IN DEUTSCHLAND WIRKLICH SO GUT?

In Deutschland sind Frauen offiziell gleichberechtigt. Aber wie steht es real um die Lage der Frauen und um die Gleichstellung?

**N**ur zum 8. März, dem Frauenkampftag, stellen sich Abgeordnete der Regierungsparteien hin und halten große Reden darum wie schlecht es Frauen in Deutschland haben und was alles dagegen gemacht werden wird. Den Rest der Zeit scheint es so als sollten sich Frauen mit den Umständen zufrieden geben. Umstände, die ja schließlich sowohl in der Vergangenheit als auch in anderen Ländern sehr viel schlimmer seien. Doch es reicht auf die Zahlen zu schauen, um festzustellen, dass Frauen nach wie vor in Deutschland systematisch unterdrückt werden. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, verdienen deutlich weniger, leisten den Großteil der Care-Arbeit und sind besonders von Altersarmut und Gewalt betroffen. Von Gleichberechtigung kann also kaum die Rede sein.

Die ökonomische Situation der Frau in der Gesellschaft legt die Grundlage für diese Unterdrückung. 3 von 4 Frauen arbeiten in Lohnarbeit. Davon sehr viele im Niedriglohnsektor, wo sie 70% der Angestellten ausmachen. Zusätzlich arbeitet jede Zweite von ihnen in Teilzeit. Die Teilzeitquote von Frauen erreichte in 2024 einen neuen Höchststand mit 49% (bei Männern lediglich 12%). Grundsätzlich ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland seit 2011 von 27,2 Prozent auf 30,9 Prozent im Jahr 2023 gestiegen, von denen Frauen einen Großteil ausmachen.

Mütter hat es noch schärfer getroffen. Knapp 7 von 10 erwerbstätigen Müttern arbeiten in Teilzeit und 27% der Frauen reduzieren ihre Arbeitszeit aufgrund von Kinderbetreuung. Bei Männern sind es knapp 6%. Gleichzeitig zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, dass fast 30% der Mütter gerne mehr Zeit mit bezahlter Arbeit verbringen würden. Nun plant die Regierung auch noch das Arbeitszeitgesetz aufzulockern. Demnach würde die Höchstarbeitszeit nicht mehr pro Tag, sondern pro Woche geregelt. Kurzfristig könnten so Arbeitstage von mehr als zehn, im Extremfall sogar mehr als zwölf Stunden entstehen, die dann über längere Zeiträume auf durchschnittlich acht Stunden ausgeglichen werden müssten. Das ist ein klarer Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse, die alle betrifft. Frauen nochmal besonders stark.

Das prägt sich auf die finanzielle Situation der Frau aus, die wie der Gender Pay Gap jährlich beweist, nach wie vor deutlich schlechter ist, als die von Männern. Der unbereinigte Gender Pay Gap lag 2025 immer noch bei 16 Prozent. Im Alter befinden sich viele Frauen in Armut. Berufe im Niedriglohnsektor und Anstellungen in Teilzeit wirken sich negativ auf die Rentenansprüche aus. 2024 war die Rente von Frauen im Durchschnitt 21,6 Prozent niedriger als die der Männer.

Dass Frauen vermehrt in Teilzeit arbeiten, liegt nicht etwa daran, dass sie etwa fauler seien, sondern dass diese sowohl einen niedrigeren Lohn bekommen als Männer als auch den Großteil der Haus- und Erziehungsarbeit übernehmen und damit keine andere Möglichkeit haben. Wie bereits erwähnt tragen Frauen den Großteil der unbezahlten Haus- und Erziehungsarbeit. 2024 widmeten

Frauen durchschnittlich 44 Prozent mehr Zeit pro Tag unbezahlter Arbeit als Männer. Das sind rund neun Stunden pro Woche. Anstatt diese Care-Arbeit zu vergesellschaften und für ausreichende Kita-Plätze zu sorgen, verschlechtert die Politik ein weiteres Mal die Situation der Frau mit der Streichung des Pflegegrads 1 (siehe nächste Seite). Insbesondere Frauen mit Kindern werden also im Zuhause verdrängt und auf der anderen Seite wird das Recht auf Abtreibung nach wie vor kriminalisiert. Und das trotz jahrelanger Kämpfe um die körperliche Selbstbestimmung der Frau.

Viele Frauen in Deutschland werden Opfer von Gewalt. Im Jahr 2023 wurden rund 168.000 Opfer von Partnerschaftsgewalt, die Zahl stieg damit zum zweiten Mal in Folge auf einen neuen Höchststand. Circa 79% der Opfer waren Frauen. 2024 erlebten 187.128 Frauen häusliche Gewalt, ein Anstieg um 3,5 Prozent. Zudem gab 53.451 weibliche Opfer von Sexualstraftaten, über zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Jedes Jahr werden über 300 Frauen durch Partner- oder Ex-Partnergewalt ermordet. Bei den Zahlen der Opfer von Gewalt ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist als die erfassten Fälle.

Diese anhaltende Gewalt gegen Frauen wird von Politikern, wie Merz mit seiner Stadtbild-Aussage genutzt, um gegen Migranten zu hetzen. Migrantische Männer werden pauschal als Bedrohung für deutsche Frauen dargestellt, dies wird auch oft bei Trends wie die trad-wifes genutzt. Es wird gehetzt und gespalten, um die Abschiebe-, Kriegs- und Kürzungspolitik der Bundesregierung zu rechtfertigen. Und während Politiker mit dem Finger nach Afghanistan zeigen, um deutlich zu machen inwiefern Frauenrechte dort mit Füßen getreten werden, sind es auch sie die in den letzten Jahren das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft haben und Frauen dahin abschieben. Auch hier zulande führt ihre Politik dazu, dass geflüchtete Frauen völlig entrechtet werden.



Bei einer solche Realität braucht man sich nicht mehr wundern, wenn Politiker sich zunehmend ungestört frauenfeindlich äußern, wie Söders Vergleich der deutschen Industrie mit der „Dame ohne Unterleib“ oder als der CDU-Mitglied Gundolf Siebke als Reaktion zu Habecks Bekanntgabe

seiner Kanzlerkandidatur, veröffentlichte: „Sollte es so sein, dass Frauenstimmen den politischen Heiratsschwindler Robert H. ins Kanzleramt hieven und damit Deutschland über die Klippe, muss über das Frauenwahlrecht inoffiziell, über antiemotionalen Demokratieunterricht offiziell nachgedacht

werden.“ Die herrschende Klasse mag sich darum bemühen, uns weiß zu machen, dass es den Frauen in Deutschland doch gar nicht so schlecht ginge. Doch wir wissen um die Wahrheit und werden weiterhin für tatsächliche Gleichberechtigung kämpfen. ★



## Pflegeversicherung in der Krise

**A**ls im Zuge des „Herbst der Reformen“ die Bundesregierung über die Abschaffung des Pflegegrad 1 diskutierte, war die Empörung groß. Denn damit hätten über 860.000 Menschen ihre ohnehin geringen Unterstützungsleistungen verloren. Die Rechtfertigung ließ nicht lange auf sich warten: Die Pflegeversicherung stecke in der Krise, es fehle an Geld, Einsparungen seien alternativlos. Dabei ist die Krise der Pflegeversicherung kein plötzliches Finanzproblem, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Sparpolitik statt nachhaltiger Absicherung von Pflege. Als die Pflegeversicherung in den 1990er Jahren eingeführt wurde, war sie von Anfang an als Teilleistungsversicherung konzipiert. Der verbleibende Pflegebedarf sollte von den Familien aufgefangen werden. Diese Konstruktion war kein Zufall, sondern Ausdruck einer klaren kapitalistischen Prioritätensetzung: Pflege sollte möglichst wenig kosten und weitgehend privat organisiert bleiben. In den letzten Jahren ist die Zahl der Pflegebedürftigen gestiegen, nicht zuletzt durch den demografischen Wandel und eine realistischere Erfassung von Pflegebedarfen seit der Reform 2017. Denn mit der Reform wurden die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt. Seitdem fließen neben körperlichen Beeinträchtigungen auch kognitive Einschränkungen in die Bewertung ein. Die Einstufung erfolgt durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen anhand eines Punktesystems, das den Grad der eingeschränkten Selbstständigkeit abbildet. Abhängig von der erreichten Punktzahl wird ein entsprechender Pflegegrad vergeben. Die Zugangsvoraussetzungen für den Pflegegrad 1 sind dabei niedriger angesetzt als bei der früheren Pflegestufe 1, was dazu

beigetragen hat, dass die Zahl der als pflegebedürftig anerkannten Personen gestiegen ist. Die dadurch zunehmenden Kosten wurden in der Vergangenheit immer wieder über Beitragserhöhungen auf uns arbeitenden Menschen abgewälzt, indem weiterhin Spitzenverdiener durch die Beitragsbemessungsgrenze relativ zu ihrem Einkommen deutlich weniger Beitrag zahlen und so vor allem diejenigen belastet werden, die ohnehin wenig haben. Eine grundlegende Reform des Pflegesystems blieb aus. Vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion um die Abschaffung des Pflegegrads 1 zu sehen. Dabei handelt es sich beim Pflegegrad 1 um die niedrigste Einstufung mit äußerst begrenzten Leistungen. Er umfasst weder Pflegegeld noch Pflegesachleistungen, sondern minimale Hilfen wie einen Entlastungsbetrag von 131 Euro monatlich, Zuschüsse für Hilfsmittel, Beratungsangebote.

Nach Einschätzung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung dienen die Leistungen des Pflegegrads 1 in erster Linie der Prävention und der Stabilisierung des Gesundheitszustands. Werden diese Unterstützungen gestrichen, sind viele Betroffene gezwungen, wesentlich früher auf stationäre Pflege angewiesen zu sein. Die Folge wären steigende Gesamtkosten, ebenso wie eine zusätzliche Belastung und ein erhöhtes Leid für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Außerdem zeigen Studien seit Jahren, dass die private und unbezahlte Pflege überwiegend von Frauen geleistet wird. Sie reduzieren ihre Erwerbsarbeit und arbeiten häufiger in Teilzeit, übernehmen körperlich und emotional belastende Aufgaben, verzichten auf Einkommen und zahlen später mit geringeren Renten und höherer Altersarmut den Preis.

Der Pflegegrad 1 wird immer wieder diskutiert und in Frage gestellt. Gerade für viele Frauen würde das eine weitere Belastung bedeuten. Was umfasst er und warum ist er für pflegende Angehörige und Pflegebedürftige selbst wichtig?

Vor diesem Hintergrund formierte sich eine vergleichsweise breite Opposition gegen die geplante Abschaffung des Pflegegrads 1 und der öffentliche Druck auf die Bundesregierung wuchs, sodass diese schließlich von dem Vorhaben abrückte. Doch dabei handelt es sich wahrscheinlich nur um ein kurzfristiges Zugeständnis, denn gleichzeitig kündigte Gesundheitsministerin Nina Warken an, Leistungen „überprüfen“ zu wollen. Hinter dieser technokratischen Sprache verbirgt sich ein bekanntes Muster: Sozialabbau in kleinen Schritten, versteckt hinter Reformrhetorik. Denkbar wären etwa Kürzungen oder Veränderungen der bestehenden Leistungen sowie strengere Begutachungskriterien, die es Betroffenen deutlich schwerer machen würden, überhaupt Zugang zu den bisherigen Pflegeleistungen zu erhalten. Wie genau die Reformen aussehen werden, ist noch offen, doch der Kurs der Bundesregierung unter Merz verspricht keine guten Aussichten: Der Bundeshaushalt 2026 zeigt, dass der Staat hohe Schulden vor allem durch enorm hohe Rüstungsausgaben und Unternehmenssubventionen macht, finanziert vor allem über Lohn- und Umsatzsteuern der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch geraten soziale Systeme wie die Pflegeversicherung zusätzlich unter finanziellen Druck und lasten letztlich auf den Schultern der Beschäftigten.

Darum ist es wichtig, dass sich auch bei zukünftig geplanten „Einschnitten“ in der Pflege eine breite Opposition bildet, die diese Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen nicht hinnimmt und aufzeigt, dass das Problem ein System ist, welches Profite über Gesundheit stellt! ★

# LESERBRIEFE & ANTWORTEN

## „DAFÜR IST MEIN VATER NICHT GESTORBEN“ (12/25)

Hallo zusammen,  
ich würde gerne Rückmeldung zum oben genannten Artikel geben. Vor allem hat mich an dem Artikel gestört, dass er mit wichtigen Fragen endet, die offen bleiben und im Artikel nicht direkt beantwortet werden: „In welchem Szenario hätte eine Arbeiterklasse, über deren Schicksal entweder in Moskau oder Washington und Berlin entschieden wird, diesen Krieg gewinnen können? Und heute, hunderttausende Tote später: In welchem Szenario wäre es das wert gewesen?“. Diese Fragen sollen denjenigen gestellt werden, die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine sichern würden. Ich denke wir sollten keine Fragen stellen, sondern Antworten geben. Wir sollten darlegen, wie sich die ukrainische Arbeiterklasse und die deutsche zu diesem Krieg verhalten sollte (was wir ja in der Regel auch tun). Und wenn von Szenarien die Rede ist, wäre es interessant darzulegen, was die ukrainische und internationale Arbeiterklasse hätte tun können, um den Krieg zu verhindern. Im Artikel wird ja auch auf die Vorgeschichte des Krieges eingegangen, im allgemeinen fände ich es Spannend, mehr über die Zeit seit 2013 in diesem Zusammenhang zu erfahren.

Zuletzt stört mich der Titel des Artikels, weil unklar bleibt, woher das Zitat stammt und in welchem Kontext es steht.

Ansonsten finde ich es sehr gut auch über innenpolitische Vorgänge in der Ukraine zu berichten und auch die Klassengegensätze innerhalb des Landes offenzulegen, die zusätzlich zu den imperialistischen Widersprüchen bestehen.

## ANTWORT DER REDAKTION

Danke für die Rückmeldung! Der Titel des Artikels spielt auf ein Plakat an, was eine Demonstrantin bei den Anti-Korruptions-Protesten gehalten hat, auf dem genau dieser Spruch stand – diese Info fehlt im Artikel, um den Titel einzuordnen. Zu den weiteren

Anmerkungen können wir jedoch sagen, dass wir es durchaus nicht für richtig empfinden, zu schreiben „was die ukrainische und internationale Arbeiterklasse hätte tun können, um den Krieg zu verhindern“. Wir sehen uns heute nicht in der Position, „Handlungsempfehlungen“ für die Arbeiterklasse vor Ort herauszugeben,

sondern wollen mit dem Artikel vor allem aufzeigen, dass dieser

Krieg eben nicht zu einem Sieg für die Arbeiterklasse führen kann. Dabei geht es nicht darum, die Haltung der Arbeiterklasse in der Ukraine oder Russland zu kritisieren, sondern vor allem denjenigen, die unter dem Vorwand der Demokratie und Selbstbestimmung aus Deutschland weiterhin Waffen liefern und den

Krieg „bis zum Ende“ führen wollen. Die weiteren Hinweise sind gute Anregungen, denn natürlich sollte man anhand der Geschichte oder auch mit historischen Fakten Beispiele dafür geben, wie eine Antikriegshaltung der Arbeiterklasse in solchen Situationen aussehen kann. Auf jeden Fall werden wir dieses Thema weiter behandeln müssen, da, auch entgegen den letzten Umfragewerten zum Stimmungsbild in der Ukraine, die westliche Kriegsführung vorerst kein Ende zu finden scheint.

## ZUR TARIFRUNDE DER LÄNDER

In der TV-L-Runde stehen bei uns sehr stark Universität und Uniklinik im Mittelpunkt. Als größter Arbeitgeber der Stadt beschäftigen beide zusammen über 13.000 Menschen, von denen der größte Teil unter den TV-L fällt. Gerade Universitäten sind allerdings ein sehr schwieriges Pflaster für den Arbeitskampf: Niedrige Organisationsgrade, wenig gewerkschaftliche Präsenz und statt Konzerneigentümern tut ein Streik höchstens den Studierenden weh. Deshalb braucht es dringend auch politischen Druck auf die Arbeitgeberseite. Bei uns an der Universität hat sich deshalb recht früh schon ein Bündnis von Studierenden und Beschäftigten gebildet. So wurden die Streikkundgebungen gemeinsam organisiert und von den Studierenden um politische Forderungen an die Landesregierung ergänzt, die über die tariflichen Forderungen hinausgehen. Dabei stand vor allem die Ausfinanzierung von Universität und Studierendenwerk als gemeinsames Interesse von Studierenden und Beschäftigten im Mittelpunkt. So waren die Studierenden bei allen Streiktagen unter anderem mit einem Banner mit der Forderung „Geld fürs Studiwerk, statt für Waffen“ präsent. Eine weitere Besonderheit war, das erstmals eine ganze Bildungsstreikwoche ausgerufen wurde: Wissenschaftliche Mitarbeiter und studentisch Beschäftigte wurden nicht nur für einzelne Tage, sondern für eine ganze Woche zum Streik aufgerufen, um eine flächendeckende Bestreikung von Lehrveranstaltungen möglich zu machen.

## EINHEIT & KAMPF

Ausgabe 51, Januar 2026

Die Einheit und Kampf ist die Zeitschrift der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) und erscheint alle sechs Monate in sieben verschiedenen Sprachen. Sie ist eine internationale Plattform für die Fragen und Erfahrungen der kommunistischen Bewegung auf der ganzen Welt.

In dieser Ausgabe unter anderem:

**Brasilien:** Der Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung

**Italien:** Kriegspolitik und Militarismus in Italien

**Türkei:** Das chinesische „Rätsel“ aus der Perspektive des chinesischen Proletariats

**100 Seiten**

Preis Deutschland 7,50 € zuzüglich 1,80

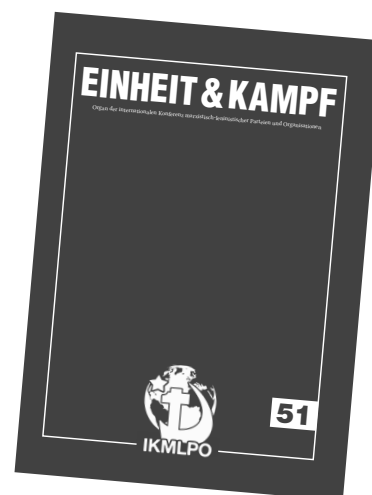
Porto - Österreich 7,50 € - Schweiz 8,00 CHF; jeweils zuzüglich 4€ Porto

**Bestellungen an:**

**Verlag „Arbeit Zukunft“,** Postfach 401051, 70410 Stuttgart

**Web** [www.arbeit-zukunft.de](http://www.arbeit-zukunft.de)

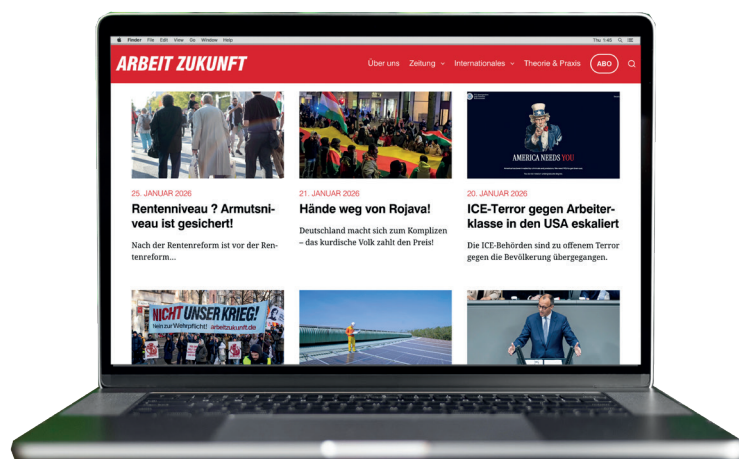
**Mail** [info@arbeit-zukunft.de](mailto:info@arbeit-zukunft.de)



# Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: [arbeitszukunft.de](http://arbeitszukunft.de)

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



## Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an [abos@arbeit-zukunft.de](mailto:abos@arbeit-zukunft.de) oder den QR-Code scannen

